



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1922

03.03.1922 - Verhandlungen der Bürgerschaft Nr. 7

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, März 1922.

N^o 7.**Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft.**

Sitzung vom 3. März 1922.

Entschuldigt fehlten:

Deichmann, Karl
Dohler, Johann
Bildemeister, Alfred, Dr. jur.

Henke, Alfred
Kellner, Ernst

Meinert, Adolf
Schelter, Wilh.

Schriefer, Anna
Waigand, Ludwig

Unentschuldigt fehlte niemand.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
I. Bericht des Ausschusses (Nr. 3) wegen Dienstzeit der Beamten		184	8. Antrag wegen Anweisung, betreffend die erhöhten Bezüge an die Beamten und die Empfänger von Ruhegehalt, Wartegeld und Hinterbliebenenbezügen		203
II. Mitteilung des Senats vom 14. Februar 1922:			9. Antrag wegen Anteil der Gemeinden an Reichsteuern		205
6. Erhöhung der Miet- und Pachtpreise für alle dem Staat gehörenden Grundstücke		189	VI. Antrag auf Bewilligung von Mitteln für Rußland		205
III. Mitteilung des Senats vom 10. Februar 1922:			VII. Antrag wegen Eisenbahnerstreik. (N. j. B. g.)		
2. Einrichtung eines Nachtdienstes bei der Kriminalpolizei		194	VIII. Antrag auf Aufhebung von Richtlinien des Mieteinigungsamts		214
3. Verkauf des dem Staate gehörigen Restgrundstücks an der Langenstraße Ecke Wenkenstraße		197	IX. Antrag auf Abänderung des Gesetzes vom 14. August 1920, betreffend das Arbeitsamt. (N. j. B. g.)		
4. Anträge wegen Erhaltung der Bürgerparke		197	X. Antrag wegen Plätze für den Freimarkt. (N. j. B. g.)		
IV. Mitteilung des Senats vom 17. Februar 1922:			XI. Antrag auf Behebung der Wasserkalamität an der Kattenturmer Heerstraße. (N. j. B. g.)		
2. Antrag wegen Kriegsdeputation. (N. j. B. g.)			XII. Antrag wegen Abzeichen des kaiserlichen Regimes. (N. j. B. g.)		
3. Anstellung einer Inspektionsassistentin bei der Gewerbeinspektion		202	XIII. Antrag auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag. (N. j. B. g.)		187
V. Mitteilung des Senats vom 21. Februar 1922:			XIV. Antrag auf Aufhebung eines Ausweisungsbefehls		
3. Nachbewilligung auf das Budget des Polizeihauses für 1921 (Spezialbudget Nr. 68 II 1, 3 und 4)		203	XV. Mitteilung des Senats vom 3. Februar 1922: Die finanziellen Verhältnisse des Landgebiets. (N. j. B. g.)		
4. Nachbewilligung auf den Haushalt des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1921		203	XVI. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1921: 1. Vergütungssteuergesetz. (N. j. B. g.)		
5. Nachbewilligung für das Heim für Jugendliche für das Rechnungsjahr 1921		203			
6. Einstellung zweier Verwaltungsinpektoren beim Statistischen Landesamte		203			
7. Aenderung des Gesellschaftsvertrages der Beamten-Baugesellschaft Bremen, G. m. b. H.		203			

Präsident: R. Dunkel.

Eröffnung der Sitzung: 4 Uhr.

Präsident: Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Eingegangen sind Mitteilungen des Senats vom 23., 24. und 28. Februar.

Eingegangen ist eine Zuschrift des Deutschen Schiffahrtsbundes, worin Einspruch erhoben wird gegen den Ausschluß seines hiesigen Beauftragten Herrn Karl von Koll aus dem Hafengebiet.

Die Reichszentrale für Heimatdienst, Abt. Oldenburg-Bremen, bittet im Auftrage ihrer vorgesetzten Behörde ein Plakat mit den Abbildungen der Flagge des Deutschen Reiches an geeigneter Stelle im Bürgerschaftssaal zum Aushang bringen zu wollen.

Der Deutsche Ostbund, Ortsgruppe Bremen, sendet uns eine Entschließung, worin Einspruch dagegen erhoben wird, daß durch das bremische Wohnungs- und Siedlungsamt Flüchtlinge aus den abgetretenen ostmärkischen Grenzgebieten ungenügend versorgt werden.

Der Verein „Union“ norddeutscher Marktreisender in Bremen sendet uns eine Eingabe mit der Bitte, den Bremer Freimarkt auf seinem alten Platz in der Altstadt wieder zuzulassen.

Folgender Antrag Unger ist eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob und wie die Gröpelingener Vorstadt an den Eisenbahn-Vorortverkehr angeschlossen werden kann.

Er ist genügend unterstützt und kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. (Theil: Längst erledigt, das Gewerkschaftskartell hat das schon längst getan! — Zurufe rechts: Wirklich schon erledigt?)

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses (Nr. 3) wegen Dienstzeit der Beamten.

Senatskommissar Senator Hobelmann.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, nach den Ausführungen des Berichts kann ich mich darauf beschränken, der Bürgerschaft die Annahme des Antrages zu empfehlen.

Lüdeking (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht gibt ein knappes Bild davon, wie gründlich der Ausschuss gearbeitet hat. Wir erfahren, daß Vertreter der Beamten, der Kammern, der Behörden, vielleicht auch noch einige andere — ich weiß es im Augenblick nicht mehr — sich geäußert haben. Der Ausschuss hat ständig Vertreter des Gesundheitsrates als Gutachter bei sich gehabt, hat also eine so gründliche Arbeit geleistet, daß kaum noch etwas zu wünschen übrig bleibt. Trotzdem aber ist es nicht gelungen, die Angelegenheit so zu beleuchten,

daß die Mehrheit der Kommission, nämlich die fünf nichtsozialistischen Mitglieder, zu einer klaren, grundsätzlichen Stellungnahme gekommen sind. Und weil das in dem Bericht fehlt, fehlt für uns das beste und wichtigste Stück des Ganzen. Wir sind mit Herrn Dr. von Hellpach, dessen Urteil der Bericht noch einmal, in Kürze wenigstens, anführt, der Meinung, daß vernünftige Einrichtungen in der Verteilung der Arbeit von gewaltiger Bedeutung sind. Den wichtigsten Schritt in dieser Richtung, sagt er, würde die Einführung der ungeteilten Arbeitszeit bedeuten. Sie ist heute das wertvollste Mittel im Heilschach der in Arbeit sich aufreibenden Kulturvölker. Die ungeteilte Arbeitszeit steht im Prinzip einfach über jeder Diskussion. Allerdings haben wir ja nicht erst aus diesem Gutachten des Herrn Dr. von Hellpach unsere Ansichten geschöpft, sie sind vielmehr ein Teil unserer ganzen sozialistischen Weltanschauung. Wir sprechen einem jeden Menschen, also auch den Beamten, das natürliche — oder, um mit Schiller zu reden, das unveräußerliche — Recht darauf zu, sich sein Leben so reich und so vielseitig wie möglich auszugestalten. Daß zur Erfüllung dieser Forderung natürlich eine möglichst zusammengedrängte, ungeteilte Arbeitszeit notwendig ist, liegt ohne weiteres auf der Hand. Daß eine zerstückelte Arbeitszeit, die eben dadurch den größeren Teil der Tageszeit überhaupt in Anspruch nimmt, niemals dieser Aufgabe gerecht werden kann, ist ebenso sicher. Selbstverständlich — und ich betone daß mit allem Nachdruck, um irgendwelcher irrigen Auffassung oder vielleicht sogar falscher Darstellung vorzubeugen, hat der Beamte, wie jeder andere Mensch die Pflicht, im Interesse der Gesamtheit zu arbeiten. Aber diese Pflicht ist eben nicht der Lebenszweck, sondern es ist nur ein Mittel dazu, und dieses Mittel hat sich dem eigentlichen Hauptzweck, der Ausgestaltung des ganzen Lebens, unterzuordnen. Und wir hätten gern gesehen, wenn das in kurzen Worten in dem Bericht klar zum Ausdruck gekommen wäre. Bis jetzt ist es ja, soweit meine Kenntnis reicht — ich glaube aber, ich irre mich hier nicht — ein gemeinsames Kennzeichen aller bisherigen Staatsformen, daß sie das, was wir als ein allgemeines Menschenrecht in Anspruch nehmen, worauf also auch die Beamten ein Recht haben, als Vorrecht einer gewissen, wenig zahlreichen Oberschicht in Anspruch nehmen. So war es in den antiken Staaten, wo auf Kosten einer ungeheuer zahlreichen Sklavenmenge eine kleine herrschende Schicht ein reiches, vielseitig ausgestaltetes Leben führte. Das war in den Feudalstaaten des Mittelalters so, das ist heute im kapitalistischen Staate noch gerade so. Und diesen Grundsatz des privattypischen Unternehmers übertragen ja die Herren von der Rechten gern auch auf das Verhältnis des Staates zu seinen Beamten. Sie fordern, daß der Beamte, den der Staat in seinen Dienst nimmt, einfach seine Arbeitskraft demselben zur Verfügung zu stellen hat, und daß etwaige Erleich-

terungen, ein etwaiges Eingehen auf seine persönlichen Wünsche und Neigungen sozusagen daneben nur als ein Gnadengeschenk, nicht als ein Recht gewährt wird. Wir haben diesen Standpunkt im Ausschuß mit aller Energie bekämpft, es ist uns aber nicht gelungen, dort eine grundsätzliche Stellungnahme im Sinne meiner Ausführungen herbeizuführen. Es wäre uns auch erwünscht gewesen, wenn die Mehrheit nun einmal den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen will, daß sie ihn auch klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hätte. Das hat sie aber vermieden, sie hat es nicht gesagt, aus welchen Gründen, weiß ich nicht. Ich möchte heute nun noch einmal wieder Gelegenheit geben zu dieser grundsätzlichen Stellungnahme, und ich beantrage deshalb, als ersten Satz zu setzen:

Die Dienstzeit der Beamten ist grundsätzlich ungeteilt. Die nachfolgenden Bestimmungen enthalten die durch die Verhältnisse gebotenen Abweichungen von diesem Grundsatz.

Was nun, meine Damen und Herren, die augenblickliche Regelung betrifft, so würden wir wahrscheinlich darüber kaum irgend welche größere Meinungsverschiedenheiten mit der Rechten haben. Auch wir haben immer anerkannt, daß es durchaus notwendig ist, feststehende Bedürfnisse der Gesamtheit, für deren Befriedigung die Tätigkeit der Beamten notwendig ist, zu erfüllen. Aber es soll das eben nicht der Grundsatz sein, es soll nicht heißen: die übrigen Stände können die Beamten zu der Zeit, wo sie wollen, einfach in Anspruch nehmen, und die Beamten haben sich einfach danach zu richten. Wenn also in den Einzelheiten der Regelung weiter keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, so sollte man sich eigentlich grundsätzlich auch einigen können. Ob der Ausdruck dieses Grundsatzes so oder so ausfällt, wir haben jedenfalls ein Interesse daran, festzustellen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die den Grundsatz in diesem oder jenem Sinne vertreten wollen. Ich meine, ein Politiker, der nicht gerade allzu kurzfristig eingestellt ist, kann darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, was im Staatsinteresse liegt, ob der Beamte dumpf und verdrossen seine Dienstzeit abarbeitet, oder ob infolge von Eingehen auf seine Wünsche Arbeitslust und Arbeitskraft vermehrt und dadurch seine Leistung gesteigert wird. Ich glaube, gerade durch ein solches Entgegenkommen, indem man dem durch die große Mehrheit der Beamten geäußerten Wünsche einigermaßen Rechnung trägt, wird man die segensreichen Folgen der erhöhten Arbeitsleistung der Beamten für den Staat spüren. Weil mir nun sehr viel daran liegt, zu wissen, wie die einzelnen Mitglieder des Hauses sich zu dieser grundsätzlichen Entscheidung stellen, beantrage ich

namentliche Abstimmung über meinen Antrag. (Unruhe und Lachen rechts.)

Blanke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß wir dem

Antrage Lüdeking zustimmen werden. Im Ausschuß sind wir, wie bereits aus dem Bericht hervorgeht, mit unserer grundsätzlichen Stellungnahme zur Dienstzeit der Beamten in der Minderheit geblieben. Für uns bedeutet selbstverständlich die ungeteilte Dienstzeit eine Kulturerrungenschaft, die unbedingt als Grundsatz bestehen bleiben muß. Wir haben uns im Ausschuß dann auch nicht überzeugen lassen können, daß bei geteilter Arbeitszeit mehr geleistet wird als bei ungeteilter Dienstzeit. Selbst die Vertreter der Behörden haben in einer bestimmten Weise das nicht behaupten können. Sie haben nur, so weit sie persönlich die Wahrnehmung gemacht haben, angenommen, daß sie eine bessere Tätigkeit durch die geteilte Dienstzeit wahrgenommen hätten. Wenn wir auch zugeben, daß bei einzelnen Behörden Einrichtungen getroffen werden müssen, die es dem Publikum ermöglichen, in den späten Nachmittagsstunden eilige Angelegenheiten zu erledigen, so wissen wir doch, daß durch Einführung eines Spätdienstes auch bei ungeteilter Arbeitszeit diesen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Uebrigens hat das Publikum während der geteilten Dienstzeit dadurch Vorteile nicht gehabt, denn die Behörden haben durchweg in den Nachmittagsstunden die Büros für das Publikum nicht geöffnet gehabt. Die große Ausdehnung der Stadt Bremen und der Umstand, daß viele Beamte in den Vororten und außerhalb Bremens wohnen, ergibt, daß die geteilte Dienstzeit in Bremen technisch kaum durchführbar ist. Es ist auch bekannt, daß in fast allen großen Städten, wie Berlin, Hamburg, Hannover seit Jahren die ungeteilte Dienstzeit eingeführt ist, und es sind seitens der Behörden Beschwerden wegen verminderter Arbeitsleistung nicht gekommen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß durch die ungeteilte Dienstzeit intensiver und freudiger gearbeitet wird. Ferner ist nicht außer Betracht zu lassen, daß durch die geteilte Dienstzeit während des Winters an Feuerung und Licht viel vergeudet wird. Es werden Hunderttausende vergeudet, und die Herren, die immer für Ersparnisse eintreten, können dieses Vorgehen mit ihren Grundsätzen nicht vereinbaren. Besonders wenn im nächsten Winter die 2 1/2 stündige Mittagspause eingeführt werden sollte, werden sich die Summen für Feuerung und Licht erheblich vermehren. In der Kommission haben wir ein allgemeines Interesse seitens des Publikums für die geteilte Dienstzeit auch nicht feststellen können, wie der Bericht bereits mitteilt, im Gegenteil, wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Mehrheit des werktätigen Volkes nichts gegen die ungeteilte Dienstzeit der Beamten einzuwenden gehabt hat. Uebrigens sehen wir durch die Einführung der geteilten Dienstzeit, die bisher hier in Bremen eingeführt war, einen Angriff auf den Achtstundentag, weil man durch die geteilte Dienstzeit bisher den Neunstundendienst an vier Wochentagen eingeführt hat, während man nach dem Bericht künftig einen 8 1/2 stündigen Dienst an fünf

Tagen in der Woche einführen will. Insofern sind wir grundsätzlich gegen die geteilte Dienstzeit, werden aber den Verhältnissen Rechnung tragen und durch ein Kompromiß unsere Zustimmung geben, daß die Richtlinien, wie sie Ihnen vorgeschlagen sind, vorläufig durchgeführt werden. Wir erwarten selbstverständlich, daß trotzdem die geteilte Dienstzeit generell nicht eingeführt ist und daß durch die Zeit Gelegenheit gegeben wird, Sie zu überzeugen, daß die ungeteilte Dienstzeit eine Kulturerrungenschaft ist. Im übrigen stimmen wir dem Antrage des Herrn Lüdeling zu.

Marburg (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diejenigen Kreise welche damals der ungeteilten Dienstzeit der Beamten nicht zustimmen zu können glaubten, haben sich dabei namentlich von zwei Gesichtspunkten leiten lassen, einmal von dem Gutachten des Gesundheitsrates, dann von der Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit, auf das öffentliche Interesse und zwar insofern, als das Publikum ein erhebliches Interesse daran hat, daß die Dienststellen der Behörden bei der ungeteilten Arbeitszeit nicht nur während einer beschränkten Zeit des Tages sondern darüber hinaus auch noch an den Nachmittagen geöffnet sind, um auch in dieser Zeit bei den Behörden eilige Anträge einreichen zu können. Es muß nach meiner Meinung dabei auch berücksichtigt werden, ob bei den beiden Arbeitszeiten, der geteilten und der ungeteilten, die Leistungsfähigkeit der Beamten eine gleichmäßige ist. In dem Ausschuss sind nun eine ganze Anzahl von Vertretern der Behörden gehört worden, und diese haben fast übereinstimmend erklärt, daß die Leistungsfähigkeit der Beamten, namentlich in den Wintermonaten, bei der geteilten Arbeitszeit eine größere sei, als bei der ungeteilten. Diese geringere Leistungsfähigkeit ist eine Folge des Umstandes, daß in den Wintermonaten die manchmal recht schlechte Luft in den Zimmern nicht genügend durch frische Luft ersetzt werden kann, sodas bei der langen Dienstzeit, besonders in den letzten Dienststunden bei den meisten Beamten eine Erschlaffung eintritt, wodurch die Leistungsfähigkeit verringert wird. Es erscheint deshalb zweckmäßig, daß für die Wintermonate die geteilte, für die Sommermonate die ungeteilte Arbeitszeit eingeführt wird. Den Anträgen, wie sie der Ausschuss in dem Bericht gestellt hat, können wir zustimmen. Dem Antrage des Herrn Lüdeling können wir keine Folge geben, weil diese Frage für uns kein Prinzip, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage ist. Zweckmäßig ist es aber, daß in der vom Ausschuss angegebenen Weise verfahren wird.

Karrenberg (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So weit ich die Stimmung in der Beamtenenschaft kennen gelernt habe, wird sie dem Bericht im großen und ganzen zustimmen. Es wird nur gewünscht, daß in Bezug auf die Verordnung des Senats, die in diesen Tagen herausgekommen ist,

zum Ausdruck kommt, daß es sich nur um eine vorläufige Regelung für den Monat März handelt. Die Beamten nehmen Anstoß daran, daß verfügt ist, es soll „bis auf weiteres“ von 8—4 Uhr gearbeitet werden in den Bureaus. Die Beamten haben den Wunsch, daß die Arbeitszeit von April ab von 7—3 Uhr festgesetzt wird. Dem Antrag Lüdeling können wir nicht gut zustimmen, weil er lediglich theoretische Bedeutung hat. Es wäre eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Frage, und Herr Marburg hat recht, wir sind hier vor eine Frage gestellt, die lediglich nach Zweckmäßigkeitsgründen gelöst werden muß. Auch Herr Blanke hat zugestimmt, daß die ungeteilte Arbeitszeit nur als Arbeitszeit der Zukunft angesehen werden kann. Lediglich nun aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zu befunden: Wir sind im großen und ganzen für die ungeteilte Arbeitszeit, halten wir im Zusammenhang mit der Vorlage nicht für nötig. Es muß doch hier einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei der Abstimmung der Beamtenenschaft im vorigen Herbst ein Fünftel aller befragten Beamten sich für die geteilte Arbeitszeit erklärt hat. Allerdings hat es sich dabei hauptsächlich um die älteren Beamten gehandelt, aber immerhin war es doch ein Fünftel. Und dann, meine Damen und Herren, bei der Erörterung der ganzen Frage in unserer Kommission haben doch die Vertreter der Behörden festgestellt, daß für die älteren Beamten eine ungeteilte Arbeitszeit von 8 Stunden unzweckmäßig ist, weil sich die Arbeitskraft tatsächlich vermindert. Bei jüngeren, kräftigeren Leuten mag es anders liegen. Endlich, meine Damen und Herren, wie steht es denn mit der übrigen Bevölkerung, kann die denn eine ungeteilte Arbeitszeit durchführen? Es ist ja bei der Arbeiterschaft, wenigstens in der Industrie, so gemacht worden, aber wie ist es denn bei den Handwerkern und den Geschäftsleuten? Und wie steht es bei Ihnen, meine Damen und Herren? Auch diese Erwägungen bestimmen uns, den Anträgen des Ausschusses, wie sie hier vorliegen, zuzustimmen und Sie zu bitten, dem Antrag des Herrn Lüdeling nicht stattzugeben.

Dr. König (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ohne auf die Frage einzugehen, welche von beiden Arbeitszeiten zweckmäßiger ist, möchte ich hier zum Ausdruck bringen, daß es einige Wirtschaftskreise gibt, wo unbedingt die Beamten sich nach den Bedürfnissen dieser Kreise richten müssen. Die Schifffahrt muß verlangen, daß z. B. die Seemannsämter sich durchaus nach den Bedürfnissen der Schifffahrt richten. Es hat sich im vergangenen Winter so einrichten lassen, daß durch Wechsel in der Dienstzeit das Seemannsamt bis abends um 7 Uhr auf war, Das war zwar eine Stunde zu lange, wir wünschen aber, daß jetzt im Sommer bei der ungeteilten Arbeitszeit das Seemannsamt von morgens 8 bis abends 6 Uhr auf ist. Das liegt nicht nur im Interesse der Reederei, sondern auch im Interesse der Seeleute.

Dr. Buff (D. R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ueber die Anträge sind wir uns ja alle einig, und ich brauche darüber kein Wort zu verlieren. Neu ist der Antrag von Herrn Lüdeking, und ich kann namens meiner Freunde erklären, daß wir bereit sind, dem Antrag zuzustimmen, der ja lediglich eine theoretische Festsetzung enthält über etwas, was man für wünschenswert hält. Wir halten es auch für wünschenswert, wenn ein Zeitpunkt käme, wo man der großen Beamtenschaft die Erleichterung geben könnte, nach ungeteilter Arbeitszeit sich der Familie und den übrigen Annehmlichkeiten des Lebens zu widmen. Wir vergeben uns durch die Zustimmung zu dem Antrag Lüdeking in keiner Weise etwas. An sich haben wir gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Lüdeking wird vorgenommen.

Es stimmen mit Ja:

Albers, Christian	Jannack, Carl
Amelung, Friedrich	Jensen, Elise
Becker, Gesine	Jungmittag, Clara
Blanke, Heinrich	Kaisen, Wilhelm
Blase, Wilhelm	Kesselbeck, Elise
Bolze, Wilhelm	Klemann, Wilhelm
Bormann, Friedrich	Klenke, Friedrich
Borsch, Ludwig	Kunoth, Georg
Buff, Clemens, Dr.	Lehne, Ernst
Caspar, C.	Lübemann, Heinrich
Danz, Wilhelm	Lüdeking, Hans
Deisen, Willy	Ludewig, Johann
Donath, Hans	Maffolle, Wilhelm
Döll, Reinhold	Mester, Hermann
Dunkel, Richard	Meyer, Bernard
Eckermanns, Heinrich	Niehaus, Charlotte
Ehlers, Hermann	Rhein, Hermann
Faust, Alfred	Riele, Bernhard
Fauth, Gottlob	Rohmann, Bernhard, Dr.
Frank, Friedrich	Schindelbauer, Wilhelm
Fritsch, Burchard	Schlunk, Franz
Garbes, Friedrich	Schlüter, Ludwig
Göze, Albert	Schmidt, Wilhelm
Groll, Bernhard	Schriefer, Anna
Hagedorn, August	Sommer, Emil
Hedler, Bernhard	Starker, Franz
Hegewald, Max	Stiegler, Anna
Heinzler, Bernhard	Stindt, Diedrich
Hertel, Carl, Dr.	Theil, Emil
Heuer, Georg	Weslmann, Johann
Hüneke, Heinrich	

Es stimmen mit Nein:

Alfes, Fritz	Borchers, Robert
Bahnson, Minna	Diez, Prof., Dr.
Becke, Waldemar	Dronke, Kurt, Dr.
Bendigen, Peter	Gebert, Hugo
Bensmann, Hermann	Hingmann, Ernst
Bollinger, Heino, Dr.	Karrenberg, Karl

Kohlepp, Balthasar
Köhler, Diedrich
König, Paul
Lampe, Johann
Leymann, Wilhelm
Marburg, Emil
Nicolaus, Carl, sen.
Nostenius, Bernhard, Dr.
Oppermann, Adolf

Abwesend sind:

Achelis, Eduard
Adam, Karl, jun.
Allerheiligen, Diedrich
Böhmert, Wilhelm, Dr.
Deichmann, Karl
Deplen, Johann
Dopler, Johann
Drost, Heinrich
Fricke, Johann
Gildemeister, Alfred, Dr.
Harder, Hanna
Hente, Alfred
Karkmeyer, Carsten
Kellner, Ernst
Kühl, Jürgen

Rodewald, Berena, Dr.
Schulenberg, Elise
Schumacher, Anton
Stahlknecht, Detmar, Dr.
Steengrafe, Otto, Dr.
Ulrich, Arthur
Wassermann, Carl
Wenhold, Hermann

Lauts, Johann
Lürßen, Elisabeth, Dr.
Madrian, Georg
Meier, Hermann
Meinert, Adolf
Plate, Mathilde
Riesenbeck, Gustav
Schelter, Wilhelm
Schierenbeck, Ludwig
Schmalfeldt, Heinrich
Schulze, Hermann
Schurig, Gottfried
Tietjen, Wöltje
Unger, Albert
Waigand, Ludwig

Präsident: Es sind 61 Stimmen dafür und 29 Stimmen gegen den Antrag Lüdeking. (Hört, hört!)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Deisen (R.): (Zur Geschäftsordnung). Ich möchte beantragen,

daß über Punkt 14 der Tagesordnung jetzt verhandelt wird.

Präsident: Wird Einspruch dagegen erhoben? (Ja!) Dann lasse ich über den Antrag Deisen abstimmen.

Der Antrag Deisen wird mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Nr. XIV der Tagesordnung:

Antrag auf Aufhebung eines Ausweisungsbefehls.

Deisen (R.): Der Antrag ist genügend begründet worden. Ich empfehle, ihn ohne Debatte anzunehmen. (Unruhe rechts).

Professor Dr. Diez (D. V.): (Mit großem Lärm der Kommunisten und der Unabhängigen begrüßt. Zurufe: Jetzt kommt die Verzögerungsrede!) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sehr richtig, was Herr Deisen eben in der besten Rede, die ich je von ihm gehört habe, gesagt hat, nämlich daß über diesen Antrag schon verschiedentlich verhandelt worden ist, und daß wir über die Sache im Bilde sind. Ich glaube auch nicht, daß lange Ausführungen über das Sachliche der Frage zu machen sein werden. Wir wissen genau, wie der Fall liegt, könnten also

sofort entscheiden. (Unruhe links.) Aber meine Damen und Herren, um das Sachliche allein handelt es sich ja hier nicht, sondern auch um die juristische Seite der Frage, die mein Fraktionsfreund Herr Dr. Gebert schon vor 14 Tagen hier dargelegt hat. Er hat sich damals erlaubt, auszuführen, daß es durchaus unzweckmäßig wäre, wenn die Bürgerschaft in ein schwebendes Verfahren eingriffe. (Faust: Warum machen Sie denn so große Kunstpausen? Sonst geht es doch wie ein Wasserfall.) Er hat damals dargelegt, daß der erste Antrag, der von der kommunistischen Fraktion gestellt worden war, nicht angängig sei, weil dem Betreffenden das Recht der Beschwerde beim Senat zustand, von dem er bis damals keinen Gebrauch gemacht hatte. Auf die Rede Dr. Geberts hin hat Herr Geusendam dieses Rechtsmittel ergriffen. Er hat Beschwerde eingelegt. (Faust: Es sind genug da von rechts; Sie können aufhören. Stürmische Heiterkeit.) Ich sage also, daß auf die Rede Dr. Geberts hin Herr Geusendam das Rechtsmittel der Beschwerde ergriffen hat, das ihm zustand, er hat Beschwerde eingelegt gegen den Ausweisungsbefehl (andauernde Unruhe und Heiterkeit), und deshalb hat es keinen Zweck, ja es ist sogar unzulässig, daß wir heute in dieses Verfahren eingreifen. Ich kann der Bürgerschaft nur empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Theil (U. S.): Ich beantrage Schluß der Debatte.
Präsident: Zum Wort angeschrieben sind noch die Herren Deisen, Dr. Buff, Hüneke und Albers.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Ich möchte gegen den Schluß sprechen. (Heiterkeit.) Nachdem ein Redner der kommunistischen Fraktion als der Antragstellende angeschrieben ist, würde es den Gepflogenheiten dieses Hauses widersprechen, die Debatte abzubrechen. (Große Heiterkeit.)

Albers (D. B.): Meine Damen und Herren! Ich bitte den Schluß nicht zu belieben. Das würde ja nichts anders bedeuten, als hier das Wort zu verbieten. (Lärm und Heiterkeit.) Dieser Antrag ist neu und es muß Stellung dazu genommen werden.

Rhein (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können ruhig Schluß machen. Jeder ist sich vollkommen klar über das, was vorliegt und die Zeit unserer Bürgerschaft ist so knapp (stürmische Heiterkeit) bemessen, daß ich glaube, wir sollten die Sache so kurz wie möglich machen. Herr Professor Diez hat z. B. eine so brockenweise Rede gehalten, als ob er seine Gedanken erst vom Brocken nach hier gebracht hätte. Würden die nachfolgenden Redner so verfahren, so würde die Zeit im Ueberfluß in Anspruch genommen. Das scheint in dieser Frage nicht mehr nötig.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Professor Dr. Diez (D. B.): Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag Deisen. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag Diez wird angenommen.

Es stimmen mit Ja:

Amelung, Friedrich
Becker, Gesine
Blanke, Heinrich
Blase, Wilhelm
Bolke, Wilhelm
Bormann, Friedrich
Borsch, Ludwig
Caspar, E.
Danz, Wilhelm
Deisen, Billy
Döll, Reinhold
Donath, Hans
Edermanns, Heinrich
Faust, Alfred
Fauth, Gottlob
Frank, Friedrich
Fricke, Johann
Fritsch, Burchard
Göbe, Albert
Groll, Bernhard
Hagedorn, August
Harder, Hanna
Hedler, Bernhard
Heinzler, Bernhard
Heuer, Georg
Hüneke, Heinrich
Jannack, Carl

Jensen, Elise
Jungmittag, Clara
Kaisen, Wilhelm
Kesselbeck, Elise
Klemann, Wilhelm
Klenke, Friedrich
Kühl, Jürgen
Lübemann, Heinrich
Lüdeking, Hans
Ludwig, Johann
Meister, Hermann
Meyer, Bernard
Niehaus, Charlotte
Rhein, Hermann
Riefe, Bernhard
Rohmann, Bernhard, Dr.
Schindelbauer, Wilhelm
Schlüter, Ludwig
Schmalfeld, Heinrich
Schmidt, Wilhelm
Schulze Hermann
Sommer Emil
Starker, Franz
Stiegler, Anna
Theil, Emil
Wellmann, Johann

Es stimmen mit Nein:

Adam, Karl, jun.
Albers, Christian
Alfes, Fritz
Allerheiligen, Friedrich
Bahjson, Minna
Bendigen, Peter
Bensmann, Hermann
Bollinger, Heino, Dr.
Borchers, Robert
Buff, Clemens, Dr.
Diez, Professor, Dr.
Dronke, Kurt, Dr.
Dunkel, Richard
Ehlers, Hermann
Garbes, Friedrich
Gebert, Hugo
Hegewald, Max
Hertel, Carl, Dr.
Hinzmann, Ernst
Kartmeyer, Carsten
Karrenberg, Carl
Kohlepp, Baltasar
Köhler, Dietrich
König, Paul

Kunoth, Georg
Lampe, Johann
Lauts, Johann
Lehne, Ernst
Leymann, Wilhelm
Marburg, Emil
Nicolaus, Carl, sen.
Roltinius, Bernhard, Dr.
Oppermann, Adolf
Riesenbeck, Gustav
Rodewald, Berena, Dr.
Schierenbeck, Ludwig
Schlunt, Franz
Schulenberg, Elise
Schumacher, Anton
Schurig, Gottfried
Stahlknecht, Detmar, Dr.
Steengrafe, Otto, Dr.
Stindt, Diedrich
Tietjen, Wöltje
Ulrich, Arthur
Walfemann, Carl
Wenhold, Hermann

Abweijend sind:

Achelis, Eduard
Becké, Waldemar

Böhmert, Wilhelm, Dr.
Deichmann, Karl

Deplen, Johann	Massolle, Wilhelm
Dopler, Johann	Meier, Hermann
Drost, Heinrich	Meinert, Adolf
Gildemeister, Alfred, Dr.	Plate, Mathilde
Gente, Alfred	Schelter, Wilhelm
Kellner, Ernst	Schriefer, Anna
Lürßen, Elisabeth, Dr.	Unger, Albert
Madrian, Georg	Waigand, Ludwig

Der Antrag Deisen wird in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 47 Stimmen wird angenommen.

Präsident: Es ist folgender Antrag Donath eingegangen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation zu beauftragen, den § 8 der Schulordnung für die höheren Schulen in der Stadt Bremen mit den Bestimmungen des Vereinsgesetzes in Uebereinstimmung zu bringen.

Der Antrag ist genügend unterstützt, er kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 14. Febr. 1922:

6. Erhöhung der Miet- und Pachtpreise für alle dem Staat gehörenden Grundstücke.

Dr. Steengrafe (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht ist auf Antrag des Haushaltsausschusses ergangen. Er entspricht aber nicht dem, was wir mit dem Antrage bezweckten. Wir wollten nämlich wissen, nach welchen Grundsätzen verfahren wird, und ob eine weitere gerechte Erhöhung der Miet- und Pachtpreise möglich ist. Der Haushaltsausschuß hat mit Herrn Inspektor Grothe verhandelt und hat sich von ihm berichten lassen, wie die Behörde verfährt. Sie hat ganz allgemein die Richtlinien des Mieteinigungsamts von Juni 1921 zur Anwendung gebracht und dabei, soweit es bei der großen Anzahl der Fälle möglich war, versucht, jedem einzelnen Fall gerecht zu werden. Für den Haushaltsausschuß lag keine Veranlassung vor, von sich aus Anträge zu stellen.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist so, wie Herr Dr. Steengrafe gesagt hat. Der Haushaltsausschuß hat in den Verhandlungen mit Herrn Inspektor Grote festgestellt, daß die Deputation für die Grundstücksverwaltung einfach schematisch die Mieten heraufgesetzt hat auf Grund der Richtlinien des Mieteinigungsamts ohne Rücksicht zu nehmen auf den Wohnwert der einzelnen Mietwohnungen. Ich habe Gelegenheit genommen, in den letzten Wochen und Monaten mir mehrere der Mietwohnungen in Staatsgebäuden anzusehen, und habe bei diesen Besichtigungen grauenhafte Zustände in einzelnen dieser Wohnungen feststellen müssen. Ich habe feststellen müssen, daß seit langen Jahren in diesen Wohnungen nicht das allernotwendigste gemacht worden ist, daß die Wohnungen teilweise so dem Verfall unterworfen waren, daß sie als Wohnräume überhaupt nicht mehr

anzusprechen sind. (Hört! hört! links.) Der Staat weigert sich trotzdem hartnäckig, diese Wohnungen auf seine Kosten bewohnbar zu machen. Ich habe mich mit Herrn Senator May als Vorsitzenden dieser Deputation in Verbindung gesetzt und habe erst auf energisches Drängen erreichen können, daß wenigstens an einzelnen Stellen das allernotwendigste gemacht worden ist. Nun sind diese Wohnungen nicht etwa so bewertet worden, wie man es erwarten mußte, sondern sie sind einfach in dieser schematischen Weise mit den andern zusammen gesteigert worden, sodaß also in allen Fällen die Verzinsung von 10 bis 12% des Taxatwertes des Gebäudes erreicht wird. Es sind Wohnungen vorhanden gewesen, die nach diesen Richtlinien 700 bis 800 M. Miete bringen, für die aber meiner Meinung nach selbst 100 M. zu viel sind. (Hört! hört! links.) Das sind Wohnungen, in die ein anständiger Landwirt sein Vieh nicht einstellen würde. Und für solche Wohnungen verlangt der Staat nun die Anwendung der vom Mieteinigungsamt festgesetzten Richtlinien. Ich finde ein derartiges Verfahren als der Moral widersprechend. Deswegen erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Stadterweiterung und Grundstücksverwaltung anzuweisen, bei der Erhöhung der Mietpreise den Wohnwert der zu steigernden Mietwohnungen in Staatsgebäuden mehr als bisher zu berücksichtigen.

Bei einer dieser Wohnungen habe ich festgestellt, daß ein Raum, der an die dunkle Küche angrenzt, die die Leute unbedingt mitbenutzen müssen, um die Decke in der notwendigen Entfernung vom Fußboden zu halten, eine Bohle unter die Decke geschoben hat und man hat zwischen Fußboden und Bohle Knüppel von 10 cm Durchmesser geschoben, damit die Decke den Leuten nicht auf den Kopf fällt. Zudem sind derartige Wohnungen häufig noch mit Lasten belegt, die aus den Kaufverträgen herrühren. Diese Lasten sind in keiner Weise berücksichtigt worden, sondern es werden einfach jetzt diese Richtlinien in Anwendung gebracht und dementsprechend die Miete erhöht. Die Leute in der Nachbarschaft dieser staatlichen Grundstücke bezahlen in der Regel für eine Wohnung von demselben Umfange, aber gut in Stand gesetzt, jetzt noch 400 bis 500 M. und was sollen solche Leute vom Staate denken, wenn sie für eine solche Wohnung, die wie ein Saustall aussieht, 800 M. bezahlen sollen. Der Staat geht bei der Vermietung seiner Wohnungen den privaten Hausbesitzern mit diesem Beispiel voran, und diese berufen sich dann auf den Staat, der für derartige Wohnungen einen solchen Preis nimmt. Ich möchte bitten, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Deisen (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme den Ausführungen des Herrn Schmidt zu, so weit er sich ausgelassen hat, daß die Wohnungen, die als Mietwohnungen in Frage kommen,

nicht gesteigert werden sollen. Meine Damen und Herren! Wer von Ihnen sich die Gelegenheit einmal nehmen will, diese Notwohnungen anzusehen und Vergleiche zu ziehen, wird verstehen, daß die Bewohner dieser Höhlen, so kann man die Wohnungen nennen, empört waren, als die Mieterhöhung in dieser ultimativen Form gefordert wurde. Sie sollen sich in acht Tagen entscheiden, ob sie bezahlen wollen oder nicht, sonst würden sie gekündigt werden. Da kann man die Empörung der Leute verstehen, wenn wir uns die Notwohnungen ansehen. Dort sind 34 Familien untergebracht. Diese rekrutieren sich aus Flüchtlingen, Kriegswitwen und Leuten, die wohnungslos waren. Die sitzen in den Baracken. Und sehen sie sich die Räume an, dann stellen sie fest, daß seit Jahren zur Erhaltung dieser Notwohnungen höchstens das Dach neu geteert worden ist. Im Sommer, wenn sich die Bretter zusammenschieben, bilden sich Fugen, und es ist Tatsache, daß die Leute erklärt haben, sie müssen sich nachts im Bett eine Mütze aufsetzen, weil es zieht. Und bedenken Sie, wenn drei Monate lang in solchen Wohnungen die Wasserleitung zugefroren ist, was dort für Zustände herrschen. Die Leute müssen das Wasser von den Pumpen holen, aber das Wassergeld müssen sie bezahlen. Und dann stellt man in den Wohnungen fest, obwohl elektrische Beleuchtung vorhanden ist, daß die Leute alle bei Traufanzeln sitzen, weil sie 50 *M* im Voraus bezahlen sollen. Das können sie nicht, und deshalb ist ihnen die Leitung abgeschnitten. Dann habe ich festgestellt, daß die meisten Bewohner der Notwohnungen bei der Grundstücksverwaltung noch so verschuldet sind an Wassergeld und Licht, daß bei einzelnen die Summe über Tausend Mark beträgt. Und wenn man jetzt den Leuten mit solchen Forderungen kommt, ist es erstaunlich, das so etwas vorkommt. Bei der Verpflichtung des Staates, für ausreichende Wohnungen zu sorgen, kann man den Vermögenden der Armen nicht in dieser Weise die Daumschrauben aufsetzen. Ich glaube, es sind schon eine Anzahl Leute hingegangen und haben unterschrieben, daß sie bezahlen wollen, weil sie die Drohung des Hinauswerfens für ernst nehmen. Wir werden dem Antrag Schmidt zustimmen, ich möchte aber hinzusetzen, daß die Verwaltung dafür sorgt, daß die Wohnungen in einen menschenwürdigen Zustand versetzt werden. Es ist unbedingt nötig, daß die Grundstücksverwaltung und die Deputation beauftragt wird, die Notwohnungen im Frühjahr gründlich zu überholen und in Stand zu setzen.

Lauts (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß erklären, daß in der Weise vorgegangen wird bei Vermietung der Wohnungen, wie es Herr Schmidt geschildert hat. Jede Wohnung, die wir vermieten, wird vorher in Stand gesetzt, und ich möchte auch Herrn Deisen sagen: alles, was Sie sagen, ist übertrieben und in einem Punkte unwahr. (Deisen: Waren Sie da?) — — —

Präsident: Herr Lauts, sagen Sie nicht von der Behauptung eines Mitgliedes: es ist unwahr!

Lauts: Die Berichte, die Herr Deisen bekommen hat, sind unwahr. Ich will ein Beispiel anführen: Wir haben 1919 die Baracken an der Werkstraße bekommen. Wir haben über 100 000 *M* ausgegeben, um sie in guten Zustand zu versetzen, wir haben im letzten Jahre noch 13 000 *M* für Reparaturen verwendet. In der letzten Sitzung hat Herr Deisen behauptet, die Wohnungen wären in einer derartigen Verfassung, daß sie nicht menschenwürdig wären. Ja, meine Damen und Herren, ist das die Schuld der Baracken oder der Bewohner? Wenn die Bewohner der Notwohnungen glauben, daß sie mit staatlichen Wohnungen umgehen können, wie sie wollen, daß sie keinen Handschlag für die Erhaltung der Wohnungen zu tun brauchen, ist es kein Wunder, wenn die Wohnungen in einer Verfassung sind, daß man sie nicht als menschenwürdig bezeichnen kann. Wir müssen von den Bewohnern im Interesse der Allgemeinheit verlangen, daß, wenn ihnen die Wohnungen in anständigem Zustand übergeben werden, sie auch in anständigem Zustand erhalten werden. Die Mieten für einige Baracken, die nicht schlecht sind, haben 20 *M* pro Monat betragen. Das ist ein Betrag, der zu niedrig ist. Was soll daraus werden, meine Damen und Herren, wenn wir bei allen Wohnungen jedes Jahr zusetzen müssen, nur weil die Bewohner nicht das geringste Interesse daran haben, die Sachen in Ordnung zu halten. Und jeden Monat können wir Inspektoren hinausenden, es nützt doch nichts. Dann die Sache, die Herr Deisen erwähnt hat mit dem eingefrorenen Wasserhahn. Kein Mensch paßt in den Wohnungen auf, was mit dem Wasser geschieht. Die Rohre platzen, und nach so und so viel Tagen kommen die Mieter an und sagen die Rohre sind geplatzt, der Staat muß sie wieder in Stand setzen. Auch die Einrichtungen über das Gas und elektrische Licht sind falsch geschildert. In den Wohnungen, in denen mehrere Familien wohnen, haben wir nur eine Wasserleitung und eine Gas- und Elektrizitätsleitung. Deshalb müssen die Rechnungen am Ende des Monats auf die verschiedenen Familien verteilt werden. Wir haben von dem Elektrizitätswerk für einige Häuser die Rechnung nur alle drei Monate bekommen, und haben uns gesagt, daß es nicht möglich sein wird, unter diesen Umständen die Beträge rechtzeitig auf die Mieter zu verteilen. Es ist kein Wunder, wenn die Mieter drei Monate nicht bezahlt haben, daß bei dem einen oder dem andern der Betrag stark angeschwollen ist, und fordern wir jetzt am Anfang des Monats eine bestimmte Summe für Gas und Wasser, welche im Laufe des Monats, nachdem die Rechnung eingelaufen ist, mit den einzelnen Parteien endgültig verrechnet wird. Das ist doch keine Härte. (Zwischenruf Zannack: Der Präsident bittet um Ruhe.) Wenn irgendwelche

Klagen über Wohnungen. da sind, ist dafür nicht die Bürgerschaft am Platze, sie vorzubringen, sondern die Grundstücksverwaltung. Es ist nicht in Ordnung, daß Herr Schmidt kommt und erzählt von den Zuständen in den Wohnungen. Wenn Sie irgend eine Klage über eine Wohnung haben und Sie haben das bei der Inspektion und bei der Grundstücksverwaltung gemeldet und es wird der Klage nicht Folge gegeben, dann bitte ich Sie, mir Mitteilung zu machen und ich werde der Sache dann nachgehen. Jedenfalls sind die Behauptungen, die Herr Deisen gemacht hat, übertrieben und entsprechen nicht den Tatsachen.

Faust (U. S.): Herr Präsident! Herr Lauts hat versucht, eine sehr schlechte Sache zu verteidigen und er hat sie schlecht verteidigt. Es geht hier nicht an zu sagen, daß Klagen über solche Zustände nicht in das Plenum der Bürgerschaft gehören, sondern hinter die Kulissen der Deputationen. Das ist ein Standpunkt den wir nicht billigen können, erst recht nicht, wenn die Mißstände so groß und haarsträubend sind, wie geschildert. Herr Lauts hat sich gehütet, die Ausführungen meines Parteifreundes Schmidt anzugreifen. Er hat nur gesagt, daß die Ausführungen von Herrn Deisen „übertrieben“ wären. Und wenn sie übertrieben wären, wenn nur die Hälfte dessen, wenn nur 10 Prozent wahr wären, müßte Herr Lauts als Vertreter der Deputation sich nicht hinstellen und die Mißstände ableugnen, sondern versprechen, daß er sie so schnell wie möglich beseitigen will. (Garves: Wenn gar keine sind?) Das welche sind, beweisen ja die Klagen der Leute, die nicht nur zu den Kommunisten und zu uns, sondern auch zu den Vertretern der Deputation kommen. Ich glaube, daß Herr Lauts über Material verfügen wird, das die Klagen als berechtigt erweist. Es ist mir heute ein Schreiben vorgelegt worden, welches aufzeigt, wie die Verwaltung vorgeht. Die Familie Kämmerer, Kirchenstraße 2 hat bis jetzt 440 M. Miete bezahlt. Sie ist von 440 M. auf 1115 M. gesteigert worden, nicht etwa nach den neuen Richtlinien des Mieteinigungsamtes, die heute hoffentlich noch zu Fall kommen, sondern nach den früheren. Wenn ein solcher Wohnungswucher vom Staate betrieben wird, haben wir kein Recht, uns darüber zu beschweren, daß die privaten Hausbesitzer es dem Staate nachmachen. Und da liegt die Gefahr: Die Interessenvertreter des Hauskapitals im Senat und in den Deputationen bewähren sich nicht als Vertreter im Staatsinteresse und für das Wohl der Allgemeinheit, sondern als Schrittmacher des privaten Kapitals. Sie vertreten die Interessen der Privatbesitzer, oft infolge einer Personalunion, und dagegen müssen wir Front machen. Wir müssen fordern, daß sie nicht die Hausbesitzerinteressen, sondern die der Allgemeinheit im Senat und in den Deputationen zu vertreten haben.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lauts hat nicht versucht zu sagen,

das was ich vorgetragen habe, sei nicht wahr, sondern er hat gesagt, das was Herr Deisen vorgetragen hat, treffe nicht zu. Um Herrn Lauts aber einmal zu zeigen, wieviel Mühe wir uns gegeben haben, um uns über den Zustand der Wohnungen zu unterrichten, kann ich Herrn Lauts sagen, daß in einem Hause an der Werderstraße, in dem sich früher eine Gastwirtschaft befand, an der Außenseite des hinteren Zimmers der Mietwohnung, das jetzt von der Familie als Schlafraum benutzt wird, eine Bedürfnisanstalt gestanden hat. Um diese zu erreichen, führt aus dem Schlafraum eine Tür direkt ins Freie. Diese Tür war sehr schadhast, ist aber trotz wiederholter Aufforderung nicht repariert worden. Dagegen ist die Bedürfnisanstalt abgebrochen, wenigstens die äußeren Wände davon, und jetzt schlagen die Wände durch, sodaß alle die schönen Desinfektionsmittel, die früher gebraucht wurden, durch die Wand des Schlafzimmers schlagen, und hinter den Betten an der Wand herunter laufen. (Hört, hört!) Das ist sogar von dem Vertreter der Deputation in der Budgetkommission zugegeben worden, und es ist weiter zugegeben worden, daß die Notwohnungen nicht so sind wie sie sein sollten. Es ist ja versucht, daß auf die Unordnung der Bewohner abzuschieben, und gewiß gibt es Mieter die nicht sorgsam genug sind. Im allgemeinen trifft das aber ganz sicher nicht zu. Die Mehrheit ist sich bewußt, daß sie die Wohnungen in bewohnbarem Zustand erhalten muß. Ich möchte Herrn Lauts empfehlen, sich z. B. die Wohnungen in der Grünstraße Nr. 4 anzusehen. Dort ist kein Schornstein im Hause, der benutzbar ist und bei feuchter Witterung und ungünstigen Winden kann überhaupt kein Feuer gemacht werden. Ebenso ist es in der Werderstraße. Auch die ehemalige Kaserne am Hohentor und die Baracken empfehle ich Herrn Lauts sich einmal anzusehen. Der Antrag der Budgetkommission ist entsprungen aus Mitteilungen eines ihrer Mitglieder über Fälle in denen der Eigentümer sein an den Staat verkauftes Grundstück für 600 M. mietet und 12 Stück Großvieh darauf hält, daß andere vom Staat Weideland mieten, das sie mit großem Gewinn weiter vermieten. Daraus ist nun geworden, daß die Richtlinien schematisch zur Anwendung kommen und damit der Staat den Privatbesitzern ein böses Beispiel gibt. Von Inspektor Grote ist uns zugesagt worden, daß er für Abhilfe sorgen will. Aber das ist uns keine Garantie, daß sich der Herr in einer Kommission so äußert. Die Deputation muß angewiesen werden, den wirklichen Wohnwert nachzuprüfen.

Präsident: Herr Deisen hat folgenden Zusatzantrag zum Antrage Schmidt gestellt:

sowie die Deputation zu beauftragen, für unverzügliche Instandsetzung der staatlichen Notwohnungen Sorge zu tragen.

Caspar (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben seinerzeit bei dem Kauf der

Baracken darauf hingewiesen, welche unzulänglichen Verhältnisse da geschaffen wurden und erfreulicherweise teilte die Deputation unseren Standpunkt, daß man von Barackenwohnungen absehen sollte. Herr Lauts hat ja behauptet, daß die Verhältnisse in den Baracken nur entstehen konnten durch die Unordnung der Bewohner. Wenn Herr Lauts Fachmann wäre, würde er nicht so urteilen. Es handelt sich nicht um massive Wände, sondern um $\frac{3}{4}$ zöllige Bretter. Und daß diese nicht Jahrelang aushalten können, ist wohl klar. Wenn Herr Lauts meint, daß 13000 M. für Reparaturen ausgegeben worden sind, so muß man doch fragen, was sind heute 13000 M.? Ich glaube, daß der Standpunkt, den Herr Lauts vertritt, auch von seinen Freunden nicht gebilligt würde, wenn diese einmal die Wohnungen kontrollierten. Herr Lauts hat auf die Rohrbrüche hingewiesen. Ich möchte ihn nur daran erinnern, in wie vielen massiven Wohnungen in diesem Winter die Rohre geplatzt sind. Wie leicht müssen die Wasserleitungen in den Baracken gefrieren! Ich möchte wünschen, daß auch die Grundstücksverwaltung unseren Standpunkt vertritt.

Albers (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soweit ich der Debatte habe folgen können, nehme ich an, daß niemand dem entgegentritt, daß die Mieten zu erhöhen sind. Wir sollten aber doch rein sachlich urteilen. Es ist von Herrn Schmidt und auch von Herrn Deisen viel vorgetragen worden über unliebsame Verhältnisse in den Wohnungen. Soweit ich gehört habe, hat nur Herr Schmidt bestimmte Fälle angeführt, und soweit ich Herrn Schmidt kenne, glaube ich, daß diese Fälle sich wirklich so verhalten. Herr Deisen hat aber nur verallgemeinert. Herr Lauts kann natürlich nicht in der Lage sein auf diese speziellen Fälle sofort zu antworten. (Zurufe Faust.) Herr Faust würde natürlich vermöge seiner genialen Veranlagung sofort antworten können! Herr Lauts hat aber auch recht, wenn er sagt, daß viele dieser Mieter es nicht verstanden haben, die Wohnungen instand zu halten. Große Sorgfalt wird nicht angewandt, das wissen wir alle, weil sie sagen: Es ist ja nur eine Notwohnung, ich habe gar kein Interesse daran, viel Sorgfalt auf die Instandsetzung zu legen. Das war schon vor dem Kriege in Mietwohnungen ganz allgemein so. Wie gesagt hat Herr Deisen nur allgemeine Sachen vorgebracht, ohne sich persönlich von den Zuständen überzeugt zu haben. Meine Damen und Herren! Daß in vielen Wohnungen, die durch den Staat vermietet werden, Mißstände vorhanden sind, ist wahrscheinlich. Aber daraufhin allein können solche Anträge nicht angenommen werden. Dafür sind die Anträge nicht ausreichend begründet. Die Preise müssen erhöht werden nach den Richtlinien vom Juni 1921. Die Mieterkreise scheinen sich zu entrüsten über die neu herausgekommenen Richtlinien der allerjüngsten Zeit. Diese spielen hier keine Rolle. Ich erinnere sie daran, daß über die alten Richtlinien

damals keine Entrüstung entstanden ist. Als im vorigen Jahre diese Vorlage zur Erörterung stand, ist allgemein anerkannt worden, daß die Mietpreise einer Revision bedürfen, daß lediglich damals die Frage der Rückwirkungen auf laufende Verträge beanstandet wurde. Ich selber gehörte zu denen, die bedauert haben, daß die Rückwirkung eintreten sollte, daß plötzlich in laufende Mietverträge eingegriffen werden sollte mit der harten Maßnahme der Rückwirkung. (Zuruf: Nur beim Land!) Aber es war allgemein der Gedanke, daß auch beim Land der Grundsatz richtig war. Es war damals zu wenig Miete gefordert, nur die Rückwirkung war nicht richtig. Das, was Herr Lauts über den Mietwert angegeben hat, ist nach den jetzigen Geldebegriffen und nach den Begriffen der Lohn- und Gehaltsätze kein zu hoher Preis. (Gelächter und Zurufe links). Ja, wenn wir die Löhne zu Grunde legen, so ist daß doch garnichts. Die 13000 M., die wir zu Grunde legen, sind nicht die allgemeinen Reparatursätze, sondern die im einzelnen Fall aufgewendeten Reparatursätze. Sie können doch nicht einfach unzutreffend verallgemeinern, lassen sie uns doch sachlich bleiben. Hier handelt es sich um wirtschaftliche Fragen. Wenn hier auf die Richtlinien des Mieteinigungsamtes Bezug genommen worden ist, so wissen wir doch alle, daß man die im Durchschnitt angenommen hat, daß man aber immer auf den Wohnwert der Wohnung Rücksicht genommen hat. Meine Damen und Herren! Sie wissen ganz genau, daß in den Entscheidungen des Mietsamtes immer festgestellt wird, ob der Zustand der Wohnung gut, mäßig oder sehr gut ist. Je nachdem wird der Mietwert festgesetzt. Und die Herren von links sind den Beweis dafür schuldig geblieben, daß die Deputation bezw. der Staat im einzelnen Falle nicht Rücksicht darauf nimmt, in welchem Zustand die Wohnung sich befindet. Der Antrag der Linken setzt voraus, daß der Staat das nicht getan hat, deshalb kann ich den Antrag als berechtigt nicht anerkennen. Wollten wir ihn annehmen, so hieße das, daß der Staat gegen die Grundrechte des Mieteinigungsamtes verstieße.

Frau Kesselbeck (R.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Herr Lauts meinte, der schlechte Zustand der Wohnungen liege weniger an der Deputation als an den Leuten, die in diesen Wohnungen wohnen. Ja, woher kommen denn diese menschenunwürdigen Zustände? Sie wissen alle, was für einen Winter wir gehabt haben, und sie wissen auch, daß in diesen Baracken die Leitungen leichter zufrieren als in gut fundierten Häusern und wenn dann die Frauen noch gezwungen sind, das Wasser in der Nachbarschaft für 1.50 M. den Eimer zu kaufen, und wenn Sie bedenken, daß im Voraus das Wassergeld und Licht zu bezahlen ist, dann kann man sich ein Bild von den Zuständen und der Erregung machen. Ich bin selbst in diesen Notwohnungen in Gröpelingen

gewesen, und beim Öffnen der ersten Tür kam mir ein Geruch entgegen, daß man tatsächlich die Leute bedauern muß, die darin wohnen müssen. (Lachen und Zurufe rechts). Ja, Sie lachen darüber. Aber wenn sie bedenken wollten, daß seit drei Monaten keine Wasserleitung mehr da ist, daß jeder Eimer Wasser in der Nachbarschaft zu 1.50 M gekauft werden muß, dann würden Sie lieber ruhig sein und sich überlegen, wie es Ihnen selbst ergehen würde, wenn sie in derartigen Zuständen leben müßten. Meine Herrschaften! Es ist sehr leicht, über den Schmutz der Frauen in den Notwohnungen zu sprechen. Aber berücksichtigen Sie bitte auch die Verhältnisse. Wenn eine Frau in einer kleinen Wohnung mit vielen Kindern wohnen muß, wenn sie dann noch auf Arbeit gehen muß, um zu verdienen, wer wagt es da von einer Schuld zu sprechen und einer solchen Frau Schmutz vorzuwerfen. Wir lehnen die Baracken ab. Wir haben ja Häuser genug, (Lachen rechts) in denen alle diese Menschen untergebracht werden können, die jetzt in menschenunwürdigen Wohnungen hausen müssen.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, man muß bei der Beurteilung unterscheiden zwischen dem allgemeinen Bericht, den die Deputation für Grundstücksverwaltung erstattet hat, und den Mißständen, die von einigen Seiten beklagt worden sind. Was den Hauptpunkt betrifft, so ist sich darüber wohl die Bürgerschaft einig, daß bei der finanziellen Lage des Staates die Einnahmen aus den Vermietungen und Verpachtungen der Gebäude und Ländereien des Staates ihrem heutigen Werte entsprechend unter Berücksichtigung der Mietwerte herangezogen werden müssen, und das ist schließlich das entscheidende in diesem Bericht. Im übrigen sind eine Reihe von Mißständen vorgetragen, die, wenn sie sich so verhalten, wie sie dargestellt worden sind, ganz außerordentlich beklagenswert sind, und die auch nach Auffassung unserer Fraktion es notwendig machen, daß sie beseitigt werden. Ich glaube, es würde richtiger sein, daß das in der Deputation für Grundstücksverwaltung im einzelnen besprochen wird, und daß dann nötigenfalls die Deputation ihrerseits eine Kommission einsetzen könnte, die ja aus Bürgerchaftsmitgliedern bestehen würde, und die die Verhältnisse an Ort und Stelle genau zu prüfen hätte, um sich von dem tatsächlichen Zustande der Wohnungen zu überzeugen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus haben wir gegen die Anträge Schmidt und Deisen keine Einwendungen zu machen, denn sie enthalten Selbstverständlichkeiten, insofern, als der Staat bei der Bemessung der Mieten den Mietwert berücksichtigen und die Notwohnungen reparieren lassen muß. Wir tragen deshalb keine Bedenken, diesen Anträgen zuzustimmen.

Walsemann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenüber den Ausführungen der Herren Schmidt und Deisen muß ich doch die Deputation für Grundstücksverwaltung in Schutz nehmen.

Die Verhältnisse liegen doch so: Es kann doch von einer Beunruhigung der Mieter nicht die Rede sein, wenn auf einmal die Mieten gesteigert werden. Die Verhältnisse entwickeln sich bei den Mieten so, daß, wenn das Grundstücksamt eine höhere Miete verlangt, die Mieter sich bis zu einem bestimmten Termin entscheiden müssen, ob sie die Miete anerkennen, sonst steht Ihnen das Recht zu, an das Mietseinerungsamt zu gehen, um den Wert der Wohnung feststellen zu lassen. Wollten wir dem Antrage Schmidt folgen, so würden wir nachher noch die Entscheidung des Mietseinerungsamts in den Bericht bekommen und das wäre meines Erachtens überflüssig. Das Mietseinerungsamt setzt die Mieten entsprechend dem Wohnwert fest. Wo Mißstände bestehen, hat das Mietseinerungsamt nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, entsprechend zu handeln. Nach meinem Dafürhalten liegt hier eine Unkenntnis der Mieter vor. Bezüglich des Antrages Deisen liegt es doch so, daß wir auch ein Wohnungspflegeamt haben. Meine Damen und Herren! Weigert sich ein Vermieter, die Wohnung in Stand zu setzen, so kann sich der Mieter an das Wohnungspflegeamt wenden und dieses fordert dann den Vermieter auf, die Wohnung ordnungsmäßig in Stand zu setzen unter Androhung zunächst von Geldstrafen, andernfalls wird die Wohnung auf Kosten des Vermieters in Stand gesetzt. Wollten wir dem Antrage Deisen folgen, so würden wir uns über das Wohnungspflegeamt hinweg setzen. Wir haben aber unsere Behörden noch nicht dafür, daß wir sie einfach bei Seite setzen. Ueberlassen Sie die Sache ruhig den betreffenden Stellen, Sie können überzeugt sein, daß nach Recht und Gerechtigkeit gehandelt wird.

Meister (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der letzten Deputationsitzung wurde diese Frage angeschnitten, es wurden die Zustände, wie sie in unseren Notwohnungen herrschen, geschildert. Darauf ist dann von Herrn Direktor Grote geantwortet worden und anscheinend war man von dieser Antwort auch befriedigt. Da aber aufs neue über den schlechten Zustand der Notwohnungen geklagt wird, sehen wir uns doch veranlaßt, den gestellten Anträgen zuzustimmen, damit einmal von der Deputation die Sache im einzelnen gründlich geprüft wird.

Garves (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotzdem uns im Haushaltsausschuß Aufklärung über jeden einzelnen Fall von Herrn Direktor Grote gegeben worden ist, bringt Herr Schmidt heute wieder denselben Fall vor, den er schon im Haushaltsausschuß vorgetragen hat und der von Herrn Direktor Grote zu unserer Zufriedenheit aufgeklärt worden ist (Widerspruch links). Es handelt sich um den Fall, wo ein Grundstück verkauft worden ist und das jetzt mit Ländereien für 600 M vermietet worden sein soll. Ich kenne das Haus, es liegt am Reedeich. Es ist ein altes baufälliges Strohdachhaus, das nichts mehr wert ist. Herr Schmidt hat aber

vergessen, hinzuzufügen, daß zwar 12 Stück Großvieh gehalten worden, das Land aber extra dazu gemietet worden ist.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenüber der Anschuldigung des Herrn Garbes, daß ich Klagen, die Herr Grothe bereits widerlegt habe, hier noch einmal vorbrächte, möchte ich erwidern, daß das nicht meine Absicht gewesen ist. Herr Garbes wird doch wohl nicht bestreiten können, daß der Fall sogar von einem seiner Freunde bei der Beratung des Budget vorgebracht worden ist und daß daraus der Beschluß der Budgetkommission entsprungen ist. Diesen Fall hat Herr Grothe aufgeklärt. Das sagt aber doch nichts dagegen, daß Mißstände bei den Mietwohnungen bestehen. Herr Grothe hat das eingestanden, er hat dann auch der Budgetkommission gegenüber zugesagt, daß er die Beschwerden nachprüfen werde, wenn sie an ihn herantreten. Meiner Fraktion genügt dieses aber nicht, sie will vielmehr, daß generell alle derartige Wohnungen nachgeprüft werden, nicht nur diejenigen, über die Beschwerden einlaufen. (Wenhold: Das geschieht schon!) Nein, das geschieht eben nicht. Die Wohnungen werden nicht nachgeprüft, sondern die Richtlinien des Mieteinigungsamts werden einfach schematisch angewandt. Herrn Walsemann gegenüber möchte ich noch feststellen, daß meiner Meinung nach es besser wäre, wenn der Staat es von vornherein richtig macht und nachher nicht das Mieteinigungsamt zu begrüßen braucht. Heute ist die Verwaltungspraxis aber umgekehrt. Im übrigen liegen die Verhältnisse so, daß auch meine Fraktion glaubt, im allgemeinen diese Richtlinien nicht ablehnen zu sollen vom Juni vorigen Jahres. Wir glauben nur sicher gehen zu können, wenn die Bürgerschaft die Deputation anweist, daß sie den Wohnwert der Mietwohnungen nachprüft. Mit der Instandsetzung ist es ja auch eine eigene Sache. Die Deputation wird wahrscheinlich das Grundstücksverwaltungsamt anweisen, möglichst sparsam mit den Geldern zu wirtschaften. Wenn der Bauführer in die Wohnungen kommt, sagt er einfach, ja, bester Herr, das müssen sie machen lassen. Das ist doch keine Sache. Deswegen möchte ich Sie bitten, dem Antrag Deisen ihre Zustimmung zu geben.

Schierenbeck (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz bemerken, daß die von Herrn Schmidt geäußerte Ansicht die richtige ist. Ich wundere mich, daß sich Herr Walsemann auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Mieter an das Mieteinigungsamt gewiesen werden sollen. Wenn sich Herr Walsemann bei dem Mieteinigungsamt erkundigt, wird er erfahren, daß solches Vorgehen mit großen Kosten und Zeitverräumnis verbunden ist. Deswegen sollte die Bürgerschaft dem Antrage zustimmen, damit das Publikum sieht, daß die Bürgerschaft bestrebt ist, die Mißstände zu beseitigen.

Lauts (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nochmals betonen, daß nicht einfach, wie Herr Schmidt behauptet, willkürlich vorgegangen wird, sondern daß nach den Richtlinien des Mieteinigungsamtes verfahren wird, nach den Richtlinien, die wir schon mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 hätten einführen können, die von uns aber erst ab 1. April 1922 eingeführt werden. Also es ist nicht der Staat, der mit hohen Mieten vorangeht, sondern wir sind ein halbes Jahr hinter den erhöhten Mieten zurückgeblieben. Wogegen ich mich wende, ist, daß hier in der Bürgerschaft einfach aus der Zahl der Mietwohnungen einzelne herausgegriffen werden, die in schlechtem Zustande sein sollen. Die Herren behaupten einfach, daß das die Schuld des Staates sei, während ich sage, es ist zum Teil die Schuld der Bewohner. Ich habe immer gesagt, sobald sich jemand an mich als Rechnungsführer in irgend einem Falle gewandt hat, daß ich der Sache sofort nachgehen würde, und sobald mir ein Fall gemeldet war, habe ich auch den Fall sofort aufgenommen. Wegen der Wohnung die Herr Schmidt geschildert hat, wäre auch wohl ich selbst hingegangen, wenn sie mir gemeldet wäre. Ich verwahre mich dagegen, daß hier in der Öffentlichkeit so gegen den Staat vorgegangen wird, ich verwahre mich dagegen, daß gesagt wird, daß die Baracken an der Werftstraße der Staat nicht gut hat in Stand setzen lassen. Wenn die Baracken, nachdem wir zuerst nach Uebernahme 100 000 M. und im letzten Jahre weitere 13 000 M. für Instandsetzung ausgegeben haben, in 2 Jahren in einem Zustand sein sollen, daß sie nicht menschenwürdig sind, dann sage ich, es ist nicht Schuld der Baracken, sondern der Bewohner. Wir sind überhaupt nicht, weder in der Grundstücksverwaltung noch im Siedlungsamt dafür, noch Baracken herzustellen. Wir betrachten sie lediglich als Mietwohnungen, aber aber auch Mietwohnungen lassen sich in gutem Zustande erhalten, wenn die Bewohner es nur wollen. Ich habe gegen die Erstattung des Berichtes nichts einzuwenden, damit die Sache geklärt wird.

Der Zusatzantrag Deisen wird angenommen, der so vervollständigte Antrag Schmidt wird ebenfalls angenommen.

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 10. Februar 1922:

2. Einrichtung eines Nachtdienstes bei der Kriminalpolizei.

Blanke (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt mit der Polizeidirektion darin überein, daß die Einrichtung eines Nachtdienstes bei der Kriminalpolizei in einer Stadt wie Bremen unerlässlich ist. Aus dieser Erkenntnis heraus genehmigt sie auch die geforderten 20 Beamtenstellen. (Wenhold: Sie werden ja garnicht beantragt!) Sie sind aber erforderlich, um den Nachtdienst einzuführen. Wir sind aber der Meinung, daß deshalb die

Statsstärke des Beamtenbestandes bei der Polizeidirektion nicht vermehrt zu werden braucht. Diese 20 Beamte sind bereits seit Juli 1920, also seit etwa 1 3/4 Jahren, für diesen Dienst tätig. Sie sind aus der blauen Polizei entnommen und bei dieser nicht entbehrt worden. Inzwischen ist neben der blauen Polizei auch bei der grünen Polizei der Sicherheitsdienst eingeführt, infolgedessen ist die blaue Polizei in ihren Obliegenheiten durch die grüne Polizei entlastet worden, sodaß das Fehlen dieser 20 Polizeiwachmeister in der Abteilung 5 dienstlich sich nicht bemerkbar gemacht hat. Es würden sich unseres Erachtens auch noch mehr Beamtenstellen erübrigen, wenn man endlich zur Verschmelzung der blauen und grünen Polizei überginge. Die Budgetkommission hat in ihrem Bericht 1921 u. a. zum Ausdruck gebracht, daß die Beamten dazu beitragen sollen, den Staatshaushalt zu entlasten. Hier möchte ich in diesem Sinne gewirkt haben. Wir können hier den Staatshaushalt dadurch entlasten, daß eine Umwandlung der Stellen vorgenommen wird. Es braucht durch die Einführung des Nachtdienstes der Etat nicht vermehrt zu werden, und man sollte im allgemeinen dem Beamtenausschuß dazu Gelegenheit geben, daß er im Sinne der Budgetkommission wirken kann, denn ich bin überzeugt, daß viele Stellen, die durch Tod oder sonstigen Abgang frei werden, nicht wieder besetzt zu werden brauchen. In dem Bericht kommt zum Ausdruck, daß die Kriminalabteilung 4 Beamte der grünen Polizei zur Dienstleistung abgegeben hat, und zwar dauernd. Dagegen ist nichts einzuwenden, denn wir wissen, daß die einzelnen Abteilungen der Polizei gegenseitig auf sich angewiesen sind. Wenn wir aber auf der einen Seite anderen Abteilungen Kräfte zur Verfügung stellen, erwarten wir, daß wir in diesem Falle, wo die Beamten von der blauen Polizei uns seit Jahr und Tag übergeben worden sind, daß die Beamten auch zu ihrem Rechte kommen und in die Stellen, deren Obliegenheiten sie ausführen, gestellt werden (Wenhold: Sind sie denn Ihrer Fraktion übergeben?) Nein, das bezieht sich nicht auf die Fraktion, sondern auf meine Eigenschaft als Beamter, und ich glaube, Sie werden es auch richtig verstanden haben. Wir haben Ihnen deshalb folgenden Antrag zu unterbreiten und erwarten Ihre Zustimmung, um so mehr, weil es im Sinne des Herrn Wenhold und vor allem des Herrn Garves liegt. Ich erinnere Herrn Wenhold daran, daß er mir bei der letzten Budgetberatung entgegengehalten hat, wenn die Stellen bei der Kriminalpolizei fehlen, müssen sie aus der blauen Polizei entnommen werden. Insofern habe ich den Wünschen des Herrn Wenhold und des Herrn Garves Rechnung getragen und erwarte, daß Sie unserm Antrag ihre Zustimmung geben. Der Antrag lautet folgendermaßen:

Die Bürgerschaft genehmigt die zur Einrichtung eines Nachtdienstes bei der Kriminalabteilung beantragten 20 Kriminalbeamtenstellen

und zwar durch Umwandlung der hier in Betracht kommenden 20 Polizeiwachmeisterstellen in 20 Kriminalassistentenstellen, bezw. Umwandlung von 5 Kriminalassistentenstellen in 5 Kriminalsekretärstellen.

Zweitens werde ich mir erlauben, einen Antrag zu stellen, der bezug nimmt auf den Dienstwechsel und den Dienstplan. In der Vorlage wird zum Ausdruck gebracht, daß ein Dienstplan vorgesehen ist für die Dauer eines Jahres. Das ist gegen den Willen der Kriminalbeamten. Wir Beamten, Herr Wenhold, haben den Wunsch, daß, wenn ein neuer Dienstplan eingeführt wird, besonders der Nachtdienst, daß dazu auch der Beamten-Ausschuß gehört wird. Deswegen gestatte ich mir einen zweiten Antrag zu stellen, der lautet:

Der Dienstplan und der Dienstwechsel des Dauer-Bereitschaftsdienstes unter Mitwirkung des Beamtenausschusses der Kriminalabteilung festzulegen?

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, daß Sie von der Notwendigkeit der Einrichtung eines Nachtdienstes überzeugt sind, wie es in dem Bericht zum Ausdruck kommt. Und besonders jetzt, wo der Antrag so gestellt ist, daß eine Belastung des Stats nicht in Frage kommt, erwarte ich, daß Sie einstimmig dem Antrag zustimmen.

Dank (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den Ausführungen Herrn Blankes glauben darf, handelt es sich um eine Umorganisation innerhalb der Polizei. Nach dieser Vorlage handelt es sich aber um eine Neuansforderung von Beamten. Was ist richtig? Wenn die Neuansforderung schon perfekt ist, wenn die Beamten angestellt sind, läßt sich wenig mehr dazu sagen, denn eine Umorganisation des Polizeiapparates muß man den maßgebenden Stellen überlassen und den Beamtenausschüssen.

Präsident: Es geht aus der Vorlage nur hervor, daß 20 Stellen beim nächsten Budget neu angefordert werden. Die 20 Beamten sind also noch nicht angestellt. (Blanke: Die sind ja schon 1921 angefordert!)

Dank: Wir haben dazu zu sagen: Wenn die Beamten noch nicht angestellt sind, können wir nicht für die Neuansstellung sein, solange nicht diese Anarchie in der Polizeibehörde aufhört. (Heiterkeit rechts.) Wir stehen der Sache sehr skeptisch gegenüber und bemängeln im allgemeinen, daß innerhalb der Polizeibehörde eine Organisation überhaupt nicht zu bestehen scheint. Der Straßendienst ist absolut nicht organisiert. Man sollte alle die überflüssigen Beamten, die sich an einigen Stellen auf der Straße fast umrennen, so verteilen, wie es zweckmäßig ist. Ich möchte noch auf einen Fall zurückkommen. Es steht in der Vorlage, daß ein Aufgebot von Beamten nötig ist, um der Gewerbsunzucht zu begegnen. Die Gewerbsunzucht ist eine Folge der bestehenden Gesellschaftsordnung. Wenn man diese Folgen dadurch bekämpfen will, daß man

die Opfer bestraft, so ist das ein sehr ungeschicktes Mittel. Es ist eine mir bekannte Frau im Polizeihaus gewesen, um irgend einen Auftrag auszurichten. Plötzlich öffnete sich die Tür eines Bureaus und ein Beamter fragte die Frau, ob sie sich ein paar Mark verdienen wolle. Die Frau dachte an irgend eine Bestellung und stimmte zu. Da machte der Beamte eine ganz unzweideutige Bewegung, die besagte, daß die Frau sich zu einem Geschlechtsakt hergeben sollte. Vor solchen Elementen sollte sich doch die Beamtenenschaft schützen und bevor wir irgendwelche Beamtenstellen bewilligen, muß dort erst einmal gründlich ausgefegt werden.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag Blanke geht von irrigen Voraussetzungen aus. Der Bericht des Senats ist die Antwort der Polizeidirektion auf den Antrag der Bürgerschaft, der fragt, ob sich die Einrichtung eines Nachtdienstes bei der Kriminalpolizei empfehle. Anträge werden vom Senat nicht gestellt. Wir können zu dem Antrag Blanke heute nicht Stellung nehmen, da weder die Stellungnahme des Senats noch der Finanzdeputation vorliegt. Er verstößt weiter gegen den Beschluß der Bürgerschaft, wonach Beamte nur gleichzeitig mit der Beratung des Staatshaushaltes angestellt werden dürfen. (Sehr richtig.) Wir sind im übrigen der Auffassung, daß eine Vermehrung der Kräfte der Polizei nicht in Frage kommen kann, sondern nur ein Ausgleich und eine zweckmäßigere Verteilung unter den Abteilungen. An dieser Auffassung halten wir fest. Der zweite Antrag Blanke steht mit der Bewilligung in Zusammenhang, denn die Einrichtung des Nachtdienstes kann nur erfolgen, wenn die Stellen bewilligt sind. Auch dieser Antrag erübrigt sich also. Ich möchte daher empfehlen, zu diesen Anträgen erst Stellung zu nehmen in Verbindung mit der Beratung des Haushaltes.

Dr. Steengrafe (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wenhold hat schon hervorgehoben, daß die Annahme des ersten Antrages nicht möglich ist, wenn wir nicht unseren eigenen Beschluß über die Schaffung neuer Beamtenstellen umstoßen wollen. Ich möchte bitten, an diesem Beschluß festzuhalten; denn wenn wir unseren Grundsatz einmal durchbrechen, dann ist für alle Behörden dieselbe Möglichkeit gegeben. Ich bitte auch den zweiten Antrag abzulehnen, weil die Behörde vorher nicht zu ihm gehört worden ist. Es ist nicht möglich, solche Anträge ohne weiteres zur Erledigung zu bringen.

Dr. Buff (D.-N.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können uns nur den Vordnern anschließen. Wir können unmöglich einen Beschluß bekämpfen, den wir selbst gefaßt haben. Ich bitte Herrn Blanke, seine Anträge zurückzuziehen.

Blanke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Herren von rechts scheinen nicht zu unterscheiden, daß ich mit meinem Antrag nicht neue

Beamtenstellen fordere, sondern nur eine Umbildung. Wenn Ihre Auffassung die richtige wäre, hätte die Polizeidirektion gar keine Veranlassung gehabt, den Bericht jetzt herauszugeben. Der Bericht kommt jetzt, weil die Einrichtung des Nachtdienstes unerlässlich ist. Ich mache Sie auf die Richtlinien aufmerksam. Nach diesen Richtlinien müssen den Beamten, die den Dienst übernehmen, Vergütungen gezahlt werden. Also finanziell würde der Etat überhaupt nicht belastet. Die Sache steht mit dem Budget überhaupt nicht in Verbindung. (Wenhold: Haben Sie eine Ahnung!) Der Nachtdienst hätte längst eingeführt sein müssen. Ich wüßte nicht, warum die Bürgerschaft nicht zustimmen kann, da es sich überhaupt um keine Ausgabe handelt, sondern nur um eine Maßnahme, die von allen Mitgliedern der Bürgerschaft gebilligt wird. Was den Fall angeht, den Herr Danz vorgetragen hat, so klingt er sehr unglaublich. Ich verstehe nicht, wenn ein Beamter sich eine solche Äußerung erlauben sollte, daß keine Beschwerde eingelegt wurde. An und für sich kann ich den Fall nicht glauben. Es wird oft mehr behauptet, als bewiesen werden kann. Ich möchte Herrn Danz bitten, mir weiteres Material zu geben, damit ich der Sache weiter nachgehen kann.

Dr. Buff (D.-N.): Herr Präsident! Die Ausführungen des Herrn Blanke können unsere Anschauungen nicht erschüttern. Der Bericht ist entstanden durch den Beschluß, den wir am 5. November gefaßt haben. Früher haben wir immer bemängelt, daß die Behörden so spärlich auf Anfragen geantwortet haben. Wenn wir den Antrag Blanke annehmen würden, würden wir heute zwanzig Beamte bewilligen. Der Antrag ist unannehmbar.

Albers (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Blanke täte seinen Anträgen den besten Dienst, wenn er sie an die Budgetkommission überwiese. Im übrigen hat Herr Blanke mir aus dem Herzen gesprochen, als er sagte, daß Vorwürfe, die Beamten gegenüber erhoben würden, sehr vorsichtig zu behandeln seien. Ich hoffe, Herr Blanke wird konsequent bleiben und einen gleichen Standpunkt einnehmen, wenn es sich auch einmal um obere Beamten handeln sollte. (Heiterkeit.) Ich werde jedenfalls nicht versäumen, ihn zur Zeit daran zu erinnern.

Blanke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herrn Albers möchte ich erwidern: Wenn wir Vorwürfe gegen obere Beamte erhoben haben, dann waren sie auch immer ausreichend begründet. (Heiterkeit.) Der letzte Fall hat das ja bewiesen. Ich habe Herrn Danz gebeten, mir Näheres mitzuteilen. In den Fällen, wo es sich um obere Beamte handelte, haben wir vorher das Material nachgeprüft. Was nun meinen Antrag betrifft, so bin ich damit einverstanden, wenn diese beiden Anträge der Budgetkommission überwiesen werden.

Danz (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Vorwurf gegen den betreffenden Beamten deswegen erhoben, um ein bestimmtes System zu brandmarken, nicht etwa, um die Beamtenschaft herunter zu reißen. Es ist nicht der einzige Fall, der passiert ist, wonach einzelne Personen die Schikane eines Beamten zu spüren bekommen haben. Und ich weiß bestimmt, daß viele Beamten in solchen Fällen nicht aus eigener Initiative handeln, sondern auf einen ganz bestimmten Druck ihrer vorgelegten Behörde. Das muß einmal bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden. Und deswegen sind wir mißtrauisch gegen jede Vermehrung des Beamtenapparats, unter der wir besonders zu leiden haben. Ich behaupte, daß bei uns im Bureau fast täglich oder jeden zweiten und dritten Tag Polizeibeamte erscheinen unter irgend einem ganz wichtigen Vorwand, um etwas zu durchschnüffeln, ohne bestimmte Gründe anzugeben. Und da müssen wir zu der Ansicht kommen, daß eine ganze Anzahl überflüssiger Beamte vorhanden ist. Und wenn dann noch mehr Beamte angefordert werden, dann dürfen Sie es uns nicht verübeln, wenn wir dagegen etwas mißtrauisch sind. Verlangt der Antrag Blanke keine neue Stellen, sondern nur eine Heraufrückung, so können wir ihm zustimmen. Aber die Vorlage so, wie sie vorliegt, lehnen wir ab.

Präsident: Herr Blanke hat also beantragt, seine beiden Anträge dem Budgetausschuß als Material zu überweisen.

(Garves: Was macht der denn damit? Dr. Steengrafe: Das weiß ich auch nicht! Heiterkeit).

Der Antrag Blanke auf Ueberweisung seiner beiden Anträge wird angenommen. Der Bericht wird im übrigen dankend entgegen genommen.

3. Verkauf des dem Staate gehörigen Restgrundstücks an der Langenstraße Ecke Wenkenstraße.

Lauts (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kurz nach Abschluß des Vertrages hatten sich noch andere Reflektanten gemeldet, und außerdem hatte sich noch ein kleiner Schönheitsfehler in dem Vertrage bemerkbar gemacht. Ich möchte deshalb bitten, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Bürgerschaft genehmigt den mit Friedr. Wilh. Hagemann geschlossenen Kaufvertrag unter der Bedingung, daß der Kaufpreis für das Grundstück auf $\text{M} 250$.— für den Quadratmeter erhöht und daß dem Käufer die Verpflichtung auferlegt wird, das gekaufte Grundstück innerhalb 2 Jahre mit einem dem Ansehen der Straße entsprechenden Gebäude zu bebauen.

Der Preis hat also eine Verbesserung um $\text{M} 50$.— für den Quadratmeter erfahren, und außerdem haben wir nachträglich durchgedrückt, daß das zu errichtende Gebäude besser ausfällt, als ursprünglich geplant war.

Döll (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe schon vor einiger Zeit erklärt, daß

wir grundsätzlich Gegner des Verkaufs von Staatsgrundstücken sind. Und außerdem mutet es einem doch wirklich komisch an, wenn das eine Mal ein Staatsgrundstück verkauft wird zu $\text{M} 800$.— den Quadratmeter, das andere Mal wieder ein ganz kleines Eckchen zu $\text{M} 200$.— und dann wiederum ein ganz großes Areal nur zu $\text{M} 8$.— den Quadratmeter (Garves: Denken Sie doch einmal an!). Das bedeutet doch tatsächlich, daß der Staat spekuliert (Lachen rechts), denn die Preise des Terrains richten sich doch nach der Geschäftslage. Ich muß feststellen, daß das Grundstück an der Wenkenstraße zwar an sich ein nutzloser Streifen ist, daneben steht aber ein kleines Gebäude. Dieses abgebrochen, gibt aber ein Platz für ein mächtiges Gebäude. Da sollte es doch niemals vorkommen, daß Sie an der Doventorstraße das Grundstück zu $\text{M} 800$.— und hier an der Wenkenstraße zu $\text{M} 250$.— verkaufen. Also einzig und allein aus Spekulationsgründen werden diese Grundstücke verkauft. Und wenn heute jemand in Grundstücken spekuliert, so braucht er sich nur auf das Beispiel des Staates zu berufen. Daraus ergibt sich, daß die Behörden ebenso wie die privaten Schieber eine ganz korrumpierte Gesellschaft sind, und daß es ein Uding ist, von einer gerechten Staatswirtschaft sprechen zu wollen. Wir lehnen diesen Antrag rundweg ab.

Der Antrag Lauts wird angenommen.

4. Anträge wegen Erhaltung des Bürgerparks.

B. Meyer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aus dem Bericht geht hervor, daß die Rechtslage des Bürgerparks so ist, wie wir sie im vergangenen Jahre geschildert haben. (Andauernde, sich steigende Unruhe).

Präsident: Meine Damen und Herren! Sie zwingen mich tatsächlich, eine Vertagung der Bürgerparlvorzunehmen, wenn eine derartige Unruhe weiter bestehen bleibt. Ich kann es im Interesse der Stenographen nicht verantworten, daß so wenig Rücksicht auf die ordnungsmäßige Erledigung unserer Geschäfte genommen wird. Wenn Sie sich unterhalten wollen, dann gehen Sie bitte hinaus. Herr Dr. Böhmert, ich möchte Sie dringend bitten, wenn Sie sich unterhalten wollen, dann gehen Sie bitte hinaus. Ich werde jetzt die Damen und Herren, die es nicht der Mühe für wert halten, auf mein Glockenzeichen zu achten, jedesmal mit Namen nennen. (Heitere Zustimmung).

B. Meyer: Meine Damen und Herren! Es heißt in dem Bericht:

„Es folgt daraus, daß der Senat im Falle anerkannter Notwendigkeit oder eines nachgewiesenen höheren Interesses berechtigt ist, die Verwaltung des Bürgerparks zum Ablauf eines Jahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zu übernehmen.“

Und diese Notwendigkeit liegt jetzt vor. Der Bürgerparkverein ist nicht imstande, seinen Aufgaben,

insbesondere in Bezug auf die Entlohnung der Arbeiter gerecht zu werden. Der Park geht seinem Verfall Tag für Tag weiter entgegen. Und das dürfen wir nicht zulassen. Es ist nicht angängig, daß eine derartige Einrichtung aus Sparsamkeitsgründen verfällt. Da ist es Aufgabe des Staates, einzugreifen. Die für die Instandhaltung des Bürgerparks unbedingt notwendigen Arbeiten können heute nicht mehr erledigt werden, angesichts der Tatsache, daß heute dort nur 15—20 Arbeiter beschäftigt sind, während es vor dem Kriege 60 waren. Aber selbst diesen paar Arbeitern gegenüber ist der Bürgerparkverein nicht imstande, seine Verpflichtungen zu erfüllen, er bezahlt sie nur mit einem Stundenlohn von M. 7.—, erst in der letzten Woche hat man ihn um M. 1.50 auf M. 8.50 erhöht. Mit einer solchen Entlohnung können die Arbeiter ihr Leben nicht fristen. Wenn nun schon einmal zugegeben werden muß, daß trotz der großen Sammlungen, die der Bürgerparkverein veranstaltet hat, er nicht imstande ist, seine Arbeiter ordnungsmäßig zu bezahlen, so sollte er sich auch nicht scheuen, zuzugestehen, daß der Staat jetzt verpflichtet ist, einzugreifen. Es bleibt eben nichts anderes übrig, als daß der Staat die Regie übernimmt. Wir müssen verlangen, daß die Arbeiter, die dort beschäftigt sind, mindestens die Löhne beziehen, die die Wallarbeiter erhalten. Die Löhne der Staatsarbeiter betragen zur Zeit M. 8.15 die Stunde (Lauts: M. 9.—!). Wenn ich auch zugebe, daß in der letzten Zeit eine Erhöhung eingetreten ist, so ist dieses doch noch immer eine Bezahlung, die jeder Beschreibung spottet unter den heutigen Verhältnissen. Die Löhne der Staatsarbeiter stehen ja auch noch weit zurück hinter denen der Industriearbeiter. Aus allen diesen Gründen heraus stelle ich diesen Antrag, den ich anzunehmen bitte:

Die Bürgerschaft beschließt: Der Senat wird beauftragt, im Budget für das Rechnungsjahr 1922 Mittel für die Unterhaltung des Bürgerparks bereitzustellen. Weiter beauftragt die Bürgerschaft den Senat, das Vertragsverhältnis zwischen Staat und Bürgerparkverein zum 31. Dezember 1922 zu kündigen und Bürgerpark und Stadtwald am 1. Januar 1923 in staatliche Verwaltung zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! In diesem Antrag ist enthalten einmal, daß für das laufende Jahr die Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Verwaltung ihrer Aufgabe gerecht werden kann und daß andererseits am 1. Januar 1923 die Verwaltung in eigener Regie zu übernehmen ist. Ich möchte Sie bitten, stimmen Sie unserm Antrage zu.

Frau Niehaus (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflichtet, bei dieser Gelegenheit auf folgendes unangenehme Vorkommnis hinzuweisen. Von allen Seiten ist in den vorhergegangenen Verhandlungen über den Bürgerpark betont und darauf hingewiesen worden, daß der

Bürgerpark eine Erholungs- und Schönheitsstätte für alle Schichten der Bevölkerung sein solle, also Allgemeingut. Wer dann aber glaubt, daß nun auch so verfahren würde seitens der Verwaltung des Bürgerparks, der irrt sich. Am 8. Oktober plante die Kinderschuttkommission einen Ausflug nach dem Bürgerpark. Sie hatte dieserhalb um Erlaubnis nachgesucht und diese ist ihr auch von der Bürgerparkverwaltung bewilligt worden. Als aber die Kinderschuttkommission mit ca. 1500 Proletarierkindern auszog, wurde sie schon am Bahnhof von der Polizei in Empfang genommen und zum Bürgerpark geleitet. Am Eingang des Bürgerparks stand noch ein Parkwächter, der der Kommission bedeutete, daß die Bürgerparkwiese nicht zu haben sei, wohl aber die Stadtwaldspielwiese. Daraufhin wurde der ganze Zug, begleitet von Schutzleuten und Parkwächtern, zur Stadtwaldwiese geleitet, und selbst während des Spiels wurden die Kinder noch von der Polizei beobachtet. Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Am selben Tage feierte im Parkhause der Jugendbund des entschiedenen Christentums ein Fest. Ob man nun befürchtete, daß das heitere Spiel der Trommler und Pfeifer oder der frohe Gesang der Kinder störend auf das Fest einwirken würde, oder ob man befürchtete, daß der bloße Anblick der 1500 Proletarierkinder eine üble Nachwirkung ausüben würde, ist mir unbekannt. Jedenfalls will ich sagen, daß man doch gerade diesen Kindern Tür und Tor öffnen sollte zu allen Erholungsstätten zu allen Schönheits- und Bildungsstätten. Ich behaupte sogar, daß gerade diese Kinder das größte Anrecht darauf haben sollten. Diese Kinder sind es doch, die am wenigsten vom Glück begünstigt sind, denen am wenigsten heiterer Sonnenschein beschienen ist und die am seltensten fröhliche Kindheits-erinnerungen mit hinausnehmen ins Leben. Da ich nun annehme, daß die Kinderschuttkommission im kommenden Sommer den Bürgerpark noch mehr in Anspruch nehmen muß, wie im letzten Sommer, da ja die Fahrpreise für die Straßenbahn und die Eisenbahn enorm steigen, möchte ich hier dem Wunsch Ausdruck geben, daß in Zukunft diese unliebamen Vorkommnisse der Kinderschuttkommission erspart bleiben. Nebenbei möchte ich bemerken, daß die Kinderschuttkommission jugendfürsorgereich und jugendpflegerisch tätig ist und vom Jugendamt als solche anerkannt ist.

Dr. Buff (D.-R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was die langen Ausführungen der Frau Niehaus betrifft, muß ich sagen, daß mir von dem Vorfall gar nichts bekannt ist. (Zwischenrufe bei den U. S.) Ich sage nur, als Vorsitzender des Bürgerparkvereins, mir und dem Vorstand ist davon nichts bekannt gewesen. Wenn Sie uns von dem behaupteten unliebamen Vorkommnis, das passiert ist, Mitteilung gemacht hätten, hätten wir die Sache untersuchen können. Ich muß für den Vorstand in Anspruch nehmen, daß wir alle Gesuche von Vereinen und Kindergruppen gleich behandeln. Jedes Gesuch wird auf das sorgfältigste

geprüft. Da die Zahl der Vereine, die den Spielplatz benutzen wollen, oft eine sehr große war, mußte hier und da auch einmal ein Gesuch zurückgewiesen werden. Daß aber die Verwaltung sich gegenüber diesen Proletariatskindern anders verhalten hätte, weise ich zurück. Im übrigen, die rechtliche Lage des Bürgerparkvereins ist in dem Bericht der Deputation klar auseinandergesetzt. Ich nehme an, daß die Damen und Herren den Bericht eingesehen haben, und darin steht, daß der Staat den Stadtwald und den Bürgerpark wieder übernehmen kann, wenn ein öffentliches Interesse dazu vorhanden ist. Nun behauptet Herr Meyer, daß ein öffentliches Interesse vorliege, daß der Verein nicht mehr im Stande sei, seine Verpflichtungen zu erledigen. Die Arbeiten im Bürgerpark werden allerdings momentan mit 26 Arbeitern und 6 Frauen bewältigt, aber so bewältigt und so erledigt, daß ein unparteiischer sachverständiger Mann, wenn er durch den Bürgerpark geht, zu dem Schluß kommen muß, daß der Bürgerparkverein mit aller Kraft noch dasjenige leistet, was er leisten soll, wenn auch in bescheidenem Umfange, wie jeder Besitzer eines großen Gartens, der früher mehr Arbeiter beschäftigte, heute gezwungen ist, zu reduzieren, ohne damit das, was er leistet, herabzumindern. Ich erinnere daran, Herr Präsident, meine Damen und Herren, daß der Staat noch im Jahre 1920 uns Zuschüsse gegeben hat. Im Jahre 1921 haben wir keinen Zuschuß mehr bekommen, weil die Summen, die wir zurückgestellt haben, ausgereicht haben, um die Bedürfnisse des Bürgerparks zu befriedigen. Für 1922 brauchen wir keinerlei Zuschüsse vom Staat, und wir hoffen, daß wir auch ins Jahr 1923 noch hinübergehen können mit der Erwartung, die Aufgaben des Vereins nach jeder Richtung zu erfüllen. (Faust: Und die Entlohnung?) Die Entlohnung der Leute ist jetzt die folgende: die Arbeiter bekommen 8,50 Mark, einige 9 Mark die Stunde, und die Frauen bekommen, glaube ich, 6 oder 7 Mark. Mehr kann der Bürgerpark nicht bezahlen, und die Leute sind auch außerdem bedacht mit allerlei Zuwendungen, teils mit freier Wohnung oder Zufuhr von Holz, sodaß in dieser Richtung keine Beschwerden erhoben werden können. Es herrscht ja gar keine so große Unzufriedenheit unter den Arbeitern des Bürgerparks, wie es gesagt wird. Wir haben einen Mann, der 50 Jahre beim Bürgerpark gearbeitet hat, der demnächst sein Jubiläum feiert und mit den Verhältnissen ganz zufrieden ist. In dieser Richtung denken auch die anderen Arbeiter, weil sie da eine dauernde Arbeit finden. Wir sind also der Meinung, Herr Präsident, daß diese Anträge, den Bürgerpark zu verstaatlichen, abwegig sind und im Augenblick keine Veranlassung vorliegt, diesen Anträgen zuzustimmen. Wenn Sie, Herr Präsident, meine Damen und Herren, den Bürgerpark in staatliche Verwaltung nehmen, werden die Kosten dieser Verwaltung enorm steigen. Seit 1866, wo der Bürgerparkverein entstanden ist, ist alle Arbeit ehrenamtlich von bremischen Bürgern geleistet, und alles, was für den Park an Geld nötig

war, ist durch freiwillige Beiträge geschaffen worden. Und jetzt sind wir allen denen dankbar, die im letzten Jahre ihre Beiträge erhöht haben und uns mit größeren Beiträgen zu Hilfe gekommen sind, und ich danke allen Spendern von dieser Stelle aus herzlich. Ich danke auch den vielen Auslandsbremern, die auf einen Appell aus fremden Lande uns Geld geschickt haben, sodaß wir mindestens bis 1923 mit diesen Beträgen auskommen können. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn jetzt hier in der Bürgerschaft die Verstaatlichung des Bürgerparks beschlossen würde. Das würde meines Erachtens das Grab für den Bürgerpark bedeuten, für die ganze Verwaltung des Bürgerparks, der jetzt unter einem vortrefflichen Parkdirektor steht, der alles tut, um unter den schwersten Verhältnissen den Bürgerpark so zu halten, wie diejenigen, die ihn besuchen, wünschen können. Das würde schwer sein bei einer staatlichen Verwaltung. Wo haben Sie denn — nach links — eine staatliche Verwaltung eingeführt, von der man sagen kann, sie habe es besser verstanden, wie die Privatwirtschaft? An keiner Stelle. Und deshalb hoffe ich bestimmt, daß die Bürgerschaft die Wünsche auf Verstaatlichung ablehnt.

Groll (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Bericht veranlaßt uns, einige Worte der Kritik über die Verhältnisse im Bürgerpark und besonders über die Verelendung der Arbeiter dort zu sagen. Wenn Herr Dr. Buff vorhin meinte, daß die Bürgerparkarbeiter keinen Grund zur Unzufriedenheit hätten, so kann ich erwidern, daß diese Unzufriedenheit sehr groß und berechtigt ist. Denn ich frage Herrn Dr. Buff, ob ein Arbeiter mit 2 oder 3 Kindern bisher auskommen konnte mit einem Lohn von 7 *M.* pro Stunde, wie sie ihn bisher bekommen haben. Das waren in der Woche gerade 336 *M.* Wenn wir davon die Abzüge an Steuern und Krankengeldern abziehen, dann bekam der Mann 260 *M.* ausbezahlt. Nach den neuen Löhnen, die Herr Dr. Buff als ausreichend bezeichnet, bekommt ein Arbeiter 428 *M.*, in Wirklichkeit nach allen Abzügen 360 *M.* Nun frage ich Sie, und besonders Herrn Dr. Buff, ob damit eine Familie in der heutigen Zeit der Teuerung leben kann. Sie verelendet dabei und kann damit nicht leben. Ich verstehe deshalb nicht, wie Herr Dr. Buff sagen kann: wir brauchen keine Zuschüsse des Staates. Was haben wir denn für Arbeiter im Bürgerpark? Wir haben 26 Arbeiter, die brauchbarsten haben bereits dem Bürgerpark den Rücken gekehrt. Es sind nur noch Vorarbeiter da. Diese werden unterstützt von Frauen, die doch nur benutzt werden können zum Wege- und Laubharken. Dann werden sie unterstützt durch Gelegenheitsarbeiter, wofür die brauchbaren Bürgerparkarbeiter durchaus kein Verständnis haben, denn es sind darunter Elemente, mit denen sie nicht gerne zusammen arbeiten. Was die heutigen Löhne betrifft, so reichen sie nicht einmal für Brot, Margarine und Milch aus. Es ist unmöglich, daß wir uns damit zufrieden geben können.

Wenn in dem Bericht gesagt wird, daß die Unterhaltung des Bürgerparks gesichert ist, so verstehen wir darunter etwas anderes. Herr Meyer hat ganz recht, wenn er von einem sichtlichen Verfall spricht. Kein Mensch kann ableugnen, wenn dort früher 26 Arbeiter gearbeitet haben und jetzt nur noch 10 brauchbare vorhanden sind, daß dann ein Verfall eintreten muß. Man braucht im Bürgerpark kräftige Holzfäller, die kann man aber bei dem jetzigen Lohn nicht halten. Wenn Herr Bürgermeister Dr. Buff hier ein Loblied auf den Direktor des Bürgerparks singt, so bin ich darüber etwas anders informiert durch die Arbeiter selbst. Er wird von sachlich denkenden Arbeitern hingestellt als ein Herrenmensch, der nicht mit den Arbeitern verhandelt, sondern das Menschenrecht mit Füßen tritt. Er ist der Herr, und die Arbeiter sind die Knechte. Er diktiert und sagt lediglich: Das gibt der Bürgerparkverein, und mehr kriegt Ihr nicht. (Zuruf: Er ist ein früherer Offizier!) Herr Kunoth wird, wenn er vielleicht das Wort ergreift, darauf antworten, warum sich die Arbeiterschaft nicht mehr an den Spenden beteiligt hat. Diese Verhältnisse sind der Arbeiterschaft Bremens bekannt, und wenn sie sieht, wie die Arbeiter behandelt werden, so gibt sie nichts für den Bürgerpark mehr. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rechtslage ist klar; wir könnten nach dem Bericht zur Verstaatlichung übergehen. Wir stimmen aber, weil der Staat vorderhand finanziell nicht in der Lage ist, mit dem letzten Absatz des Berichtes überein. Das ist einstweilen unser Standpunkt. Wir müssen erwarten, daß der Bürgerpark es auch als seine vornehmste Pflicht betrachtet, die Löhne so zu gestalten, daß sie auskömmlich sind. Wir glauben daher, daß unbedingt der Staat eingreifen muß. Wir wissen sehr wohl, weshalb das der Bürgerparkverein nicht will. Er will nicht dem Staat ein Mitbestimmungsrecht einräumen. Das müssen wir aber verlangen, speziell wegen der Gestaltung der Löhne. Wir müssen selbstverständlich auch darauf hinausgehen — ich weiß nicht, wie die Mieten der Kaffeehäuser, der Meierei usw. gestaltet sind — unbedingt zu verlangen, daß dieselben einer Revision unterzogen werden. Ich stelle daher namens meiner Fraktion folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, auf die Verwaltung des bremischen Bürgerparks dahingehend zu wirken, daß den Arbeitern des Bürgerparks der gleiche Lohn gewährt wird wie den Wallarbeitern.

Die Bürgerschaft ist bereit, Mittel in entsprechender Höhe dafür bereit zu stellen.

Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen. Sollte ihn die Bürgerschaft nicht annehmen, so werden wir in Zukunft der Verstaatlichung nicht mehr entgegenreten können.

Kunoth (D.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister Dr. Buff hat den Dank ausgesprochen an alle Geber,

die den Bürgerpark unterstützt haben. Ich glaube, wir dürfen auch von dieser Stelle aus dem Vorstand des Bürgerparkvereins und insbesondere Herrn Bürgermeister Dr. Buff, der der langjährige Vorsitzende ist, danken für ihre erfolgreiche ehrenamtliche Tätigkeit. Sie haben lange Jahre für den Bürgerpark nur Gutes gewirkt. Meine Damen und Herren! Herr Groll hat mich vorhin apostrophiert und gesagt, die Arbeiter gäben für den Bürgerpark keine Spenden, weil sie nicht zufrieden sind mit dem System dort, weil sie wollen, daß die Arbeiter mehr Geld bekommen. Ich finde, daß das doch das allerverlehrteste Mittel ist. Wir haben zahlreiche Arbeiter in Bremen, die gern etwas für den Bürgerpark geben würden. Wenn sie nun etwas geben, so hätten wir sofort die Mittel in der Hand für bessere Löhne. (Sehr richtig.) Das ist besser, als wenn der Staat die Sache in der Hand hat. Ich habe schon in einer früheren Sitzung gesagt, daß die Sache ganz einfach zu regeln wäre. Die Fraktionen zur Linken könnten ihnen nahestehende Personen veranlassen, in den Bürgerparkverein einzutreten. Dann würden sie sofort die Gelegenheit haben, darin mitzuwirken. Das wäre taktisch der richtigste Weg, um auf diese Weise an der Verwaltung mit teilzunehmen. Ich wüßte nichts einfacheres als das. Wir haben es früher schon vorgeschlagen, aber es ist nicht befolgt worden. Was die Löhne selbst anbetrifft, so ist meine Fraktion der Ansicht, daß nach Möglichkeit die Löhne gesteigert werden sollen. (Zuruf links: Aha! nach Möglichkeit!) Selbstverständlich! Wenn Sie (nach links) dazu beitragen, daß auch die Arbeiter etwas spenden, wird es desto eher möglich sein. Weshalb sollen denn immer nur die andern spenden? (Sehr richtig.) Viele kleine Leute, die das Geld nötiger selbst hätten, haben gespendet. Der Direktor hat geäußert, er wäre in der Lage mit 26 Arbeitskräften den Bürgerpark in Ordnung zu halten. Wir müssen uns auf das Urteil dieses Mannes, den wir doch wohl als sachverständig anzusehen haben, verlassen können. Ich selbst will es nicht beurteilen, aber es kann in der Verwaltung des Bürgerparks weiter besprochen werden. Wir hätten erwartet, daß die U. S.-Fraktion einmal abgewartet hätte, bis sich der Erfolg der Sammlung auswirkte, statt hier mit dem Antrag zu kommen, den Bürgerpark zu verstaatlichen. Herr Dr. Buff hat schon ganz richtig gesagt, daß solche Verstaatlichungen immer dazu führen, daß die Kosten enorm anwachsen. Wir haben die Pflicht, nach Möglichkeit für das Budget zu sparen. Wir müssen überall Abstriche machen. (Zuruf links: 100 000 Mk für Lloydreklame!) Darum sollte man versuchen, erst einmal so durchzukommen und den Erfolg der Sammlung nicht für das nächste Jahr von vornherein zu stören. Wir haben die Erfahrung überall gemacht, daß, wenn eine solche Verwaltung in Privathänden liegt, wir viel mehr Geld bekommen. Sobald aber der Staat die ganze Sache übernimmt,

kommt lediglich das Interesse der Steuerzahler in Frage und man sagt sich, man braucht privatim nichts mehr dafür zu leisten. (Zwischenrufe links.) Ich möchte dem Herrn, der mir so viele Worte zuruft, sagen, daß bis jetzt über 8 Millionen Mark für den Bürgerpark aus privaten Händen gestiftet worden sind. Das ist ein Erfolg, mit dem Bremen an der Spitze steht. Von außerhalb her ist das als ein Musterbeispiel anerkannt worden, das wird Herr Bürgermeister Dr. Buff bestätigen. Denken Sie daran, daß es sich um eine alte Tradition handelt, mit der wir immer gut gefahren sind. Warum sollte man nicht den Erfolg der Sammlung abwarten? Wir können ja später darauf zurückkommen. (Zuruf.) Sonst würde man von vornherein den ganzen Erfolg der Sammlung illusorisch machen. Wir stimmen deshalb für die Ausführungen, die in der Senatsvorlage gemacht worden sind, und ich wiederhole, daß wir wünschen, daß die Sammlung so erfolgreich sein möge, um den Arbeitern geben zu können, was ihnen zukommt. (Zustimmung rechts.)

Döll (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den letzten Ausführungen von Herrn Kunothe möchte ich feststellen, daß er sagte, wir müssen erst einmal die Sammlung abwarten. Wenn aber diese Sammlung ungünstig ausfällt, was dann? Dann müssen wir sehen, daß die 26 Arbeiter immer noch den geringen Lohn weiter bekommen und auch sehen, daß die Teuerung immer noch künstlich rapid weiter gesteigert wird. Trotzdem wird gesagt, es soll weiter gesammelt werden. Das ist ein Umding. Auch Herr Dr. Buff erklärte, daß 26 Arbeiter den Bürgerpark genau so in Ordnung halten, wie es wünschenswert wäre. Ich möchte ihm erklären, da ich selbst in einer Waldgegend geboren bin und die Verhältnisse kenne, daß der Bürgerpark heute absolut nicht mehr das ist, wie in der Vorkriegszeit. Wenn Sie z. B. durch die Wege gehen, so müssen Sie jeden Augenblick gewärtig sein, daß Ihnen dürre Holzkäste von 12 cm Stärke und mehr auf den Kopf fallen. Wir müssen im Interesse der Allgemeinheit verlangen, daß wenigstens die Bäume an den Wegen beschnitten werden. Das ist aber jetzt nicht der Fall. Sie können sämtliche Wege entlang gehen, überall liegen zum Teil abgebrochene Äste. Was bedeutet das? Dadurch können große Kosten entstehen, wenn ein Malheur passiert. Aus diesem Grunde möchten wir vorschlagen, die Anträge des Herrn Meier anzunehmen. Weiter wird von Herrn Dr. Buff gesagt, wenn der Staat heute den Bürgerpark in eigene Regie übernehme, so bedeutet das das Grab des Bürgerparkes. Ja, Herr Dr. Buff, dann stellen Sie sich und speziell Ihren Freunden ein schlechtes Zeugnis aus. Ihre Freunde im Senat müßten dann doch dafür eintreten, daß der Bürgerpark in staatliche Regie übernommen wird. Meine Damen und Herren! Es wird die Frage über den Kostenpunkt aufgeworfen. Wir wissen, daß die Arbeiter-

schaft speziell den kleinsten Nutzen von dem großen Bürgerpark hat, (Widerspruch rechts) daß im Gegenteil gerade der immer mehr verschwindende Mittelstand und die oberen Hunderttausend es sind, die sich das Recht anmaßen, auf Grund ihrer „Arbeitslosigkeit“ im Bürgerpark spazieren zu gehen und auf den Reitwegen daher zu reiten. Ich möchte heute schon vorschlagen, daß man dann eine Kopfsteuer, steigend von dem Einkommen von 100 000 M., einführt. Oder man erhebe Luxussteuer für die Reitpferde, die fast jeden Morgen dort zu sehen sind. Es möchten vielleicht 150 heraukommen. Dann haben wir die notwendigen Gelder. Ich bitte daher, dem Antrage Meyer zuzustimmen.

B. Meyer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister Buff erklärt, daß die Arbeiten, die für den Park unbedingt erforderlich sind, unter den heutigen Umständen auch noch geleistet würden. Ich will nun nicht annehmen, daß Herr Bürgermeister Buff über das, was im Bürgerpark tatsächlich geschieht, ebensowenig im Bilde ist wie über die Beschwerden des Parkdirektors. Er sagte, daß ihm nichts davon bekannt sei, was dort passiert ist. Ich kann hier erklären, daß der Direktor des Parks mir gegenüber erklärt hat, daß unter den heutigen Umständen der Park dem Verfall unweigerlich entgegen gehen müsse. Wenn das selbst von Fachleuten zugegeben wird, dann kann das doch kaum bestritten werden. Dann meinte Herr Bürgermeister Buff, daß eine Unzufriedenheit der Parkarbeiter auch nicht am Plage sei. Ich weiß wirklich nicht, ob Herr Bürgermeister Buff als Vorsitzender des Parkvereins über keinen Vorgang unterrichtet wird, sonst müsse ihm bekannt sein, daß gerade in den letzten Tagen die besten Parkarbeiter ihren Arbeitsplatz verlassen haben, die Jahre lang dort beschäftigt waren. Ich weiß bestimmt, daß mit dieser Entlassung der letzte Hoffnungsrest für den Bürgerpark verschwunden ist, das muß einmal deutlich ausgesprochen werden. Es ist doch Tatsache, daß bei den heutigen Arbeiterlöhnen es einfach nicht möglich ist, geeignete Arbeitskräfte für den Park noch zu bekommen. Wenn nun das zutrifft, was Herr Bürgermeister Buff vorhin sagte, daß für 1923 die Deckung der Ausgaben für den Bürgerpark schon gesichert sei, dann ist es eine Böswilligkeit des Bürgerparkvereins, die Arbeiter nicht in dem nötigen Umfange zu entlohnen. Ich habe Herrn Dr. Buff jedenfalls so verstanden, daß der Bürgerpark für 1923 keinen Zuschuß des Staates brauche, daß er finanziell für 1923 gesichert sei. Wir sind davon überzeugt, daß der private Verein seinen Aufgaben nicht gerecht werden wird, und diese Ueberzeugung werden Sie uns nicht rauben können. Was Sie mit den freiwilligen Sammlungen bezwecken, das wissen wir. Wir stehen da auf einem andern Standpunkt. Ich möchte Sie nochmals bitten: Stimmen Sie unserm Antrage zu, nicht nur zugunsten der dort beschäftigten Arbeiter, sondern auch zugunsten der Erhaltung des Bürgerparks.

Schurig (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde werden trotz der Eindringlichkeit, mit der Herr Meyer seinen Antrag begründet hat, diesem Antrage nicht zustimmen und zwar aus grundsätzlichen Bedenken. Herr Meyer hat ja selbst schon gesagt, daß seine Partei und wir auf verschiedenem Boden stehen. Was den Antrag Groll betrifft, so darf ich bitten, daß über ihn in zwei Teilen abgestimmt wird, weil wir dem ersten Teil des Antrages zustimmen, den zweiten Teil allerdings ablehnen werden. Denn es geht nicht an, daß wir hier in der Bürgerschaft Beschlüsse fassen, deren finanzielle Folgen wir noch nicht übersehen können. Wenn der erste Teil des Antrages Groll angenommen wird, wird der Senat uns ja einen Bericht geben, was für Kosten das verursachen würde. Dann wird die Sache ihren Weg gehen und wir können uns klar darüber werden, was wir wollen. — Es geht aber nicht an, daß wir uns heute schon festlegen.

Groll (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns liegt grundsätzlich an der Verstaatlichung des Parks vor der Hand nichts. (Große Unruhe bei den U. S. Zurufe: Was ist das?), sondern vor der Hand liegt uns daran, daß wir eine bessere Entlohnung der Arbeiter bekommen. Und dabei möchte ich Herrn Dr. Buff fragen, ob er auf Grund seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bürgerpartvereins in der Lage ist, zu behaupten, daß ein Arbeiter mit den heute dort gezahlten Löhnen angesichts der ständig zunehmenden Teuerung seine Existenz fristen kann. Mit 360 M. Wochenlohn ist kein Mann in der Lage dazu, da verelendet er mit seiner Familie. Also der Bürgerpartverein muß die Verpflichtung übernehmen, die Löhne so zu gestalten, daß sie den Löhnen der Staatsarbeiter entsprechen. Und wenn Herr Dr. Buff meinte, die Sammlungen würden noch gesteigert, so nutzen uns diese Vertröstungen gar nichts. Wir müssen vor allem zuerst einmal verlangen, daß die Löhne der Arbeiter in auskömmlicher Höhe gesichert sind, gleichviel wie die Sammlungen ausfallen. Des weiteren möchte ich zum Ausdruck bringen, daß der Vorsitzende des Bürgerpartvereins sich den Herrn Parkdirektor einmal ganz gehörig unter die Lupe nehmen möchte, damit der lernt, das Betriebsrätegesetz zu respektieren. Denn wir müssen wenigstens verlangen, daß der Parkdirektor mit dem Obmann der Parkarbeiter verhandelt, und daß er nicht einfach dekrediert: „Sie haben gar nichts zu sagen.“ Und es gibt da auch noch andere Mängel, über die Sie sich einmal unterhalten müßten. Wenn ich vorhin gesagt haben soll, daß wir nicht für die Verstaatlichung des Bürgerparks seien, so war das ein falscher Zungenschlag von mir. Vor der Hand liegt uns jedenfalls an der auskömmlichen Entlohnung der Arbeiter, das ist für uns die Hauptsache.

Der Antrag Meyer wird abgelehnt.

Der Antrag Groll wird in seinem ersten Teil angenommen, in seinem zweiten Teil mit 57 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Herr Rhein beantragt die Aussetzung des nächsten Gegenstandes: IV. Mitteilung des Senats vom 17. Februar 1922: 2. Antrag wegen Kriegsdeputation.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß Sie einverstanden sind.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 17. Febr. 1922: 3. Anstellung einer Inspektionsassistentin bei der Gewerbeinspektion.

Frau Stiegler (U. S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Unser Antrag vom 5. November vorigen Jahres konnte keine bessere Begründung erfahren, als es durch den uns hier vorliegenden Bericht geschieht. Der Bericht zeigt, daß Herr von Spredelken Recht hatte, als er damals sagte, die jetzige Assistentin sei so überlastet, daß man ihr neue Arbeiten nicht zumuten könne. Er hat sich allerdings dann später verbessert, indem er eine Ueberlastung nicht zugeben wollte, wohl aber von einer starken Belastung sprach wohl mit der Absicht, die Schlußfolgerungen aus dem heutigen Bericht nicht so ganz unlogisch erscheinen zu lassen. Uns täuscht aber dieses Vorgehen nicht darüber hinweg, daß wir es hier mit einer äußerst übel angewandten Sparsamkeit zu tun haben, die im höchsten Grade unrationell ist. Der Bericht spricht offen aus, daß 21 Anlagen überhaupt nicht revidiert werden konnten, daß die Heimarbeitswerkstätten überhaupt nicht überwacht wurden, die Heimarbeitswerkstätten, die gerade Brutstätten der Tuberkulose und anderer Volksseuchen sind. Das ist die vielgepriesene Sparsamkeit, die immer dann einsetzt, wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt. Heute wollen die Herren das Gehalt einer Gewerbeinspektionsassistentin sparen und nachher wirft man Millionen zur Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Volksseuchen aus. Wer je einen Blick in die Betriebe getan hat, wo Lumpen verarbeitet und sortiert werden, der wird mir zugeben müssen, daß hier hygienische Zustände herrschen, die dazu angetan sind, diese Betriebe nicht eine einzige Woche ohne Kontrolle zu lassen. Hinzu kommt, daß, wenn ich recht unterrichtet bin, zum 31. März die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 25. April 1920 aufgehoben werden soll, die die sogenannten Doppelexistenzen verhindern soll. Die Folge dieser Aufhebung wird natürlich sein, daß angesichts der großen Not, in der sich große Teile der Arbeiterschaft befinden, sehr viele Frauen versuchen werden, in die Industriearbeit hinein zu kommen. Und solange der Grundsatz „für gleiche Leistung gleichen Lohn“ nicht durchgeführt ist, werden die Industriellen von diesen Angeboten natürlich den weitesten Gebrauch machen. Nicht viel anders liegt es mit der Kinderarbeit. Auch hier zwingt

die Teuerung die Eltern, ihre heranwachsenden Kinder mit verdienen zu lassen. Und wir sehen ja auch aus den Anzeigen in der Tagespresse, daß die Geschäftsinhaber bestrebt sind, die Kinder mehr als bisher heranzuziehen, um dadurch ihre Geschäftskosten zu verringern. Ich bin der Meinung, daß hier eine große Gefahr vorliegt, die Gefahr, daß die Kinder, die durch die Kriegsjahre gegangen sind, weder körperlich noch sittlich gefestigt genug sind, den schlechtesten Einflüssen standzuhalten, die in der Beschäftigung außerhalb des Hauses liegen. Es kommt nicht selten vor, daß solchen Kindern größere Geldbeträge anvertraut werden, die geradezu eine Versuchung für sie bilden und wenn sie dann dieser Versuchung erliegen, kommen sie, sobald sie über 12 Jahre alt sind, vor den Strafrichter. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Kinderarbeit überhaupt. Wenn man sich dazu aber nicht bequemen kann, meine Damen und Herren, dann soll wenigstens eine solch scharfe Kontrolle einsehen, daß das Kindesalter geschützt wird, so weit es das Kinderchutzgesetz vorsieht. Und wenn wir nun noch zu all diesen Aufgaben die Ueberwachung der Schank- und Gastwirtschaften hinzunehmen, dann muß jedem klar sein, daß hier für eine zweite Kraft ein äußerst reiches Arbeitsfeld vorhanden ist, das keiner, der es ehrlich meint mit dem Arbeiterschutz und der Gesundheit des Volkes in Abrede stellen kann und deshalb auch folgenden Antrag unterstützen muß:

Die Bürgererschaft hält die Anstellung einer zweiten Inspektionsassistentin für dringend erforderlich.

Sie ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, dementsprechend im neuen Budget eine derartige Stelle vorzusehen und bewilligt die Mittel dafür vorab für das Rechnungsjahr 1922.

Frau Jensen (M. S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Nach den Ausführungen meiner Vorrednerin kann ich mich kurz fassen. Auch meine Fraktion ist der Ansicht, daß sie diesem Bericht ihre Zustimmung nicht geben kann. Sie hält die sofortige Einstellung einer zweiten Assistentin für unbedingt erforderlich. Wir fordern die Einstellung zum Schutze der Arbeiterinnen, aber auch zum Schutze der einzigen Assistentin, die unbedingt entlastet werden muß. Deshalb stimmen wir dem Antrage der Frau Stiegler zu. Wir hatten auch die Absicht, einen Antrag zu stellen, sehen davon aber ab.

Dr. Steengrafe (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst wieder darauf hinweisen, daß die Bürgererschaft ausdrücklich beschlossen hat, daß neue Beamtenstellen nur zum Budget geschaffen werden können. Wenn Mittel für eine neue Beamtenstelle vorweg bewilligt werden, ist das meines Erachtens eine Umgehung des Beschlusses der Bürgererschaft. Dieser eine Satz in dem Antrage von Frau

Stiegler allein schon macht den Antrag für uns unannehmbar.

Frau Bahnsen (D.): Herr Präsident! Ich bitte, über den Antrag von Frau Stiegler in zwei Teilen abstimmen zu lassen. Dem ersten Satz würden wir folgen können, dagegen dem letzten Satz, daß die Stelle vorweg bewilligt wird, können wir aus den eben angeführten Gründen nicht zustimmen.

Theil (U. S.): Herr Präsident! Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß der letzte Absatz unseres Antrages eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es ist noch nicht abzusehen, wann wir in die Budgetberatungen in diesem Jahr eintreten. Es ist aber notwendig, daß die zweite Gewerbeinspektionsassistentin sobald wie möglich eingestellt wird und aus diesem Grunde eruchen wir dafür zu stimmen, daß die Möglichkeit dafür wenigstens zum 1. April gegeben wird. Diesen Zweck hat der letzte Absatz unseres Antrages.

Der erste Teil des Antrages Stiegler wird angenommen. Der erste Teil des zweiten Absatzes wird ebenfalls angenommen, der zweite Teil des zweiten Absatzes wird mit 56 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 21. Febr. 1922:

3. Nachbewilligung auf das Budget des Polizeihauses für 1921.

(Spezialbudget Nr. 68 II 1, 3 und 4.)

Die Vorlage wird angenommen.

4. Nachbewilligung auf den Haushalt des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1921.

Dr. Steengrafe (D. B.): Der Haushaltsausschuß stimmt zu, es ist aber darauf hinzuweisen, daß mit der allergrößten Sparsamkeit in Zukunft verfahren werden soll.

Die Vorlage wird angenommen.

5. Nachbewilligung für das Heim für Jugendliche für das Rechnungsjahr 1921.

Die Vorlage wird angenommen.

6. Einstellung zweier Verwaltungsinspektoren beim Statistischen Landesamt.

Die Vorlage wird angenommen.

7. Aenderung des Gesellschaftsvertrages der Beamten-Baugesellschaft Bremen, G. m. b. H.

Die Vorlage wird angenommen.

8. Antrag wegen Anweisung, betreffend die erhöhten Bezüge an die Beamten und die Empfänger von Ruhegehalt, Wartegeld und Hinterbliebenenbezügen.

Blanke (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion beharrt auf dem Beschlusse der Bürgererschaft vom 10. Februar 1922 so weit der

Einspruch des Senats geltend gemacht wird. Als versorgungsberechtigt kommen unseres Erachtens alle bremischen Beamten in Betracht, so weit sie pensionsberechtigt sind. Insofern kann man, wenn man von beteiligten Beamten spricht, nicht nur von Pensionären sprechen, sondern von allen bremischen Beamten, die ein Anrecht auf Pension haben. Außerdem ist der Bericht des Senats nicht ganz dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend. Der Bericht spricht auch von „beteiligten“ Beamtenorganisationen, in dem Gesetz steht von „beteiligten“ Beamtenorganisationen nichts drin. Insofern ist dem Senat in dem Bericht ein Lapsus unterlaufen. Uebrigens spricht man auch allgemein von Beamtenorganisationen, und insofern ist es um so mehr begründet, daß in diesem Falle nur ein Vertreter der Beamten in Frage kommt, der auf Vorschlag des Verbandes der bremischen Beamtenvereine dem Senat bekannt gegeben wird. Außerdem muß ich hier besonders betonen, was dem Senat anscheinend nicht bekannt sein wird, daß die Pensionäre ebenfalls in den Vereinen organisiert sind, die dem bremischen Beamtenverband angehören. Ich möchte dabei die beiden Hauptorganisationen hervorheben. Das ist die Organisation der Lehrer und außerdem die der Polizeibeamten. In diesen, in denen fast 1500 Beamte organisiert sind, sind die Pensionäre auch organisiert. Außerdem ist mir mitgeteilt worden, daß in der Organisation der Pensionäre nicht nur bremische, sondern auch außerbremische, oldenburgische, preussische und auch Pensionäre anderer Ländern organisiert sind. Wenn das zutrifft, können wir die Einwendungen des Senats nicht gelten lassen, um so mehr, weil die Auslegung des Reichssperregesetzes nicht richtig ist. Ich erlaube mir deshalb, folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgerschaft beharrt auf ihrem Beschluß vom 10. Februar 1922.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Senat hat uns vor ganz kurzer Zeit mitgeteilt, daß er gegen das Gesetz vom 21. November 1921 das Schiedsgericht angerufen habe. Der Senat hat auch gesagt, daß er Gegner dieses Gesetzes ist und daß er auch die Rechtmäßigkeit der Anwendung des Sperrgesetzes nicht anerkennt. Also hätte der Senat aus seiner Stellung gegenüber diesem Gesetz alles tun müssen, um den Standpunkt Bremens vor dem Reichsschiedsgericht Geltung zu verschaffen. Das hat er nicht getan, und ich möchte für die Wichtigkeit der folgenden Ausführungen die Mitglieder der Beamtenehaltskommission als Zeugen anrufen: der Verein der Pensionäre — man braucht gar nicht die Fähigkeit seiner Mitglieder im einzelnen anzuzweifeln — hat in bezug auf die Behandlung der Besoldungsordnung und des Beamtengesetzes, so weit das Sperrgesetz auf sie Anwendung findet, durchaus keine Erfahrungen. An keiner der bisherigen Verhandlungen, die überhaupt gepflogen sind, haben Vertreter der Pensionärorganisationen teilgenommen. Dem gegenüber haben

aber alle erforderlichen Fachkenntnisse die Vertreter des Verbandes bremischer Beamtenvereine. Daß die erforderlichen Fachkenntnisse dort vorhanden sind, beweist die führende Rolle, die gerade der Gutachterausschuß des Verbandes sich angeeignet hat. Ich glaube, entsprechend der Stärke des bremischen Beamtenverbandes und entsprechend der Fähigkeit, die seine Vertreter bei der Beamtenehaltskommission bewiesen haben, wäre es zweckmäßig und erforderlich gewesen, daß der Senat die Vertretung der Beamtenschaft aus diesem Kreise gewählt hätte. Sein jetziger Weg wird der Beamtenschaft insofern Nachteile bringen, als der Vertreter, der von den Pensionären zur Vertretung des bremischen Standpunktes nach Leipzig delegiert wird, durchaus keine Sachkenntnis auf diesem Gebiet hat und haben kann. Im übrigen ist es nicht so, wie der Senat hier sagt, daß entsprechend dem § 13 des Besoldungssperregesetzes nur der Verein der pensionierten Beamten hätte begrüßt werden können. Sämtliche bremische Pensionäre sind bei den Organisationen der noch im Amt befindlichen Beamten organisiert und deswegen vertritt gerade der Vorstand bremischer Beamtenvereine die übergroße Mehrzahl der bremischen Pensionäre. Es wäre allen logisch gewesen, wenn der Senat dem Beschluß der Bürgerschaft Folge gegeben hätte. Deswegen werden wir dem Antrag zustimmen.

Dr. Steengrafe (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soweit der Senat dem Beschluß der Bürgerschaft nicht nachkommen will, steht er auf dem Standpunkt des Sperrgesetzes. § 7 Absatz 4 dieses Gesetzes besagt, daß das Land einen seiner Beisitzer nach Anhörung der beteiligten Beamtenorganisationen bestimmt. Dem gegenüber kann die Bürgerschaft wohl nicht festlegen, daß sie dem Senat gegenüber dieses Recht für sich in Anspruch nimmt. Weiter hat der Senat Recht mit der Ansicht, daß nach § 13 diese Bestimmung sinngemäß für Pensionen und Hinterbliebenenbezüge Anwendung findet. Wenn die beiden Herren, die dieses Gesetz am besten kennen und ihre Berufstätigkeit im Rahmen dieses Gesetz ausüben, Ministerialrat Dr. Kühnemann und Regierungsrat Sölch die Ansicht des Senats stützen, dann kann der Senat mit Fug und Recht sagen, daß er nicht nur das Gesetz, sondern auch die bekanntesten Ausleger des Gesetzes für sich hat.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Wenn der Senat diesen Bestimmungen nachgekommen wäre und die beteiligten Beamtenorganisationen gefragt hätte, hätte er zu gar keinem andern Ergebnis kommen können. Ich zweifle nicht daran, daß sämtliche Beamtenorganisationen, die bisher bei der Beamtenehaltskommission haben mitwirken können, zu dem Ergebnis gekommen wären, daß, wenn der Senat einen Vertreter der Beamtenschaft bestimmt hätte, der an diesen Verhandlungen vor dem Reichsschiedsgericht teilzunehmen hat, dazu ein Vertreter des Gutachterausschusses geeignet

wäre. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sämtliche jetzigen Vertreter, die in der Gehaltskommission mitgearbeitet haben, davon überzeugt sind, daß der Gutachterausschuß den fähigsten Mann stellen konnte. Weil der Senat den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht einmal nachgekommen ist, ist es um so dringender notwendig, daß von hier aus noch einmal der Senat beauftragt wird, einen Vertreter des Verbandes zu entsenden.

Blanke (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbst wenn die Einwendung, die Herr Dr. Steengrafe macht, daß die Auslegung des Senats die richtige ist, zutreffen sollte, so muß ich doch erklären, daß dann der Senat jedenfalls auch die andern Organisationen hätte begrüßen müssen. Tatsache ist, daß in der Spitzenorganisation ein großer Teil der Pensionäre organisiert ist. Nach dieser Richtung hat der Senat tatsächlich etwas unterlassen. Insofern müssen wir auf unserm Beschluß beharren.

Der Antrag Blanke wird abgelehnt mit 54 gegen 51 Stimmen.

9. Antrag wegen Anteil der Gemeinden an Reichssteuern.

Becké (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Gründen, die der Senat wegen der Verzögerung des Berichtes anführt, kann ich nicht zustimmen. Einmal scheint mir gleichgültig zu sein, welchen Ertrag diese Steuern abwerfen, denn nicht nach dem Ertrag, sondern nach dem Bedürfnis müssen diese Steuern verteilt werden. Ebenso scheint es mir verkehrt, das neue Landsteuergesetz abwarten zu wollen. Wir haben heute schon ein Landsteuergesetz, das die Staaten verpflichtet, Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Dieser Verpflichtung ist der Senat bis heute nicht nachgekommen. Unser Antrag war eigentlich überflüssig, er wiederholt nur, was das Reichsgesetz der Landesregierung bereits auferlegt. Nachdem heute die Verhandlungen über das neue Landessteuergesetz scheinbar vor dem Abschluß stehen, will ich nicht auf einem neuen Bericht bestehen, aber ich halte es für notwendig, daß die Gemeinden zum neuen Budget wissen, welche Beträge sie in ihr Budget einstellen sollen. Ich beantrage darum:

Die Bürgerschaft befristet die Erfüllung ihres Antrages vom 16. Dezember 1921 auf Vorlage eines Gesetzes zur Ausführung des Landessteuergesetzes bis zur Vorlage des Staatshaushaltplanes für 1922 an die Bürgerschaft.

Ich bitte die Bürgerschaft, diesem Antrag zuzustimmen. Der Antrag Becké wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Antrag auf Bewilligung von Mitteln für Rußland.

(Wortlaut siehe S. 70.)

Klemann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was soll ich viel sagen zur

Begründung meines Antrages? (Zurufe: Gar nichts! — Heiterkeit.) Vielleicht glückt es mir, doch noch durch einige Ausführungen auch die ärgsten Ihrer verstockten Sünder zu bekehren. (Zuruf: Das darf man nicht sagen von Mitgliedern dieses Hauses!) Worte versagen, wenn es gilt, die furchtbare Not und das entsetzliche Elend zu schildern, das in Rußland eingetreten ist. Wir nehmen, im Grunde genommen, wenn auch in erweitertem Umfange, einen Antrag der Kollegin Stiegler auf, den die Bürgerschaft am 26. September 1921 unter Unterstützung zweier aufrechter Demokraten (Heiterkeit) angenommen hat. Die Rechte wollte die Entwicklung der Verhältnisse abwarten und es wurde auch geltend gemacht, man solle die Hilfe auf die Wolgadeutschen beschränken. Die Finanzdeputation erhob gegen den Beschluß Einspruch und sagte, auch bei uns sei die Not sehr groß. Zweitens wurde behauptet, daß Sowjetrußland auf private Hilfe keinen Wert lege, sondern versuchen wollte, eine Anleihe aufzunehmen. Und drittens wurde gesagt, daß keinerlei Gewähr dafür bestände, daß die Mittel in die richtigen Hände kämen. So fadenscheinig diese Gründe der Finanzdeputation damals schon waren, um so fadenscheiniger sind sie heute. Die Verhältnisse sind heute geklärt und die Not in Rußland ist ins Unermeßliche gestiegen. Auf der Genfer Konferenz des Internationalen Komitees für die Russenhilfe führte Ranssen aus, daß die Hungersnot sich heute in Rußland über ein Gebiet erstreckt, daß von 32 Millionen Menschen bewohnt wird. Von diesen 32 Millionen Menschen wären 19 Millionen unmittelbar bedroht und 15 Millionen wären dem sicheren Untergange, dem Tode geweiht, wenn nicht sofortige Hilfe eintreffe. (Zuruf Garves.) Herr Garves, Sie haben nicht genau zugehört, oder Sie können nicht rechnen. Kommen Sie zu mir in die Schule, dann lernen Sie es. (Heiterkeit.) Außerdem sagte Ranssen, daß alle diese Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn damals auf Ranssens Ruf gehört worden wäre. Eine furchtbare Anklage liegt in dieser Behauptung. Und diese Anklage, meine Damen und Herren, richtet sich auch mit gegen Sie und Ihre Finanzdeputation, der Sie damals, allerdings zum kleineren Teil, die Mittel für die Hilfe versagt haben. Als im Juni-Juli vorigen Jahres durch den Aufruf Maxim Gorkis an alle guten Menschen der Welt und insbesondere durch Gerhard Hauptmann in Deutschland die Not in Rußland bekannt wurde, taten sich furchtbare Abgründe menschlichen Elends vor uns auf. Tausende und hunderttausende von Menschen sind heute nicht mehr in der Lage, sich in Rußland zu den wenigen Verteilungsstellen von Lebensmitteln zu schleppen, soweit solche noch vorhanden sind. Der Wahnsinn greift um sich und Mensch wendet sich gegen Mensch. Fälle von Menschenfresserei sind nicht mehr selten. Ranssen hat gesagt, daß diese Vorgänge im Film festgehalten werden. Da sind Sie ja nächsten in der Lage, meine Damen und Herren, sich im Film

von der grausamen Not Rußlands zu überzeugen und dann ihr Mitleid auszusprechen. Vielleicht sind Sie dann auch bereit, zur Tat zu schreiten. Ganze Familien gehen, wie die Zeitungen melden, dort freiwillig in den Tod, Tausende sterben vor Hunger, Berge von Leichen türmen sich auf und es fehlt an Kräften, sie auch nur aufs notdürftigste einzuscharren. Meine Damen und Herren! Ich persönlich bin der Ansicht und Sie werden mit mir vielleicht der Ansicht sein, daß man sich diesen Verhältnissen gegenüber lediglich von rein menschlichen Gesichtspunkten leiten lassen darf. Der Politiker muß hier schweigen und ich mache gar keinen Hehl daraus, daß wir als Politiker Sowjet-Rußland und vielem, was Sowjet-Rußland getan hat und tut, ablehnend gegenüber stehen. Aber wenn ein Mensch in Not ist, dann darf man meines Erachtens nicht danach fragen: ist dieser Mensch ein Monarchist, ist er ein Bolschewist? man darf nicht fragen: ist er ein Jude, ein Heide oder ein Christ? Man darf auch nicht fragen: ist der betreffende Mensch der Hilfe wert und würdig? Sondern man hilft ihm. Und deshalb habe ich kein Verständnis für einen derartigen Standpunkt der Rechten, daß man diese Mittel für die Rußlandhilfe beschränken solle auf die Wolga-Deutschen, wo doch ohnehin gerade diese Hungergebiete zu einem großen Teil von Deutschen bewohnt sind. Ich habe in den Bremer Nachrichten gelesen, daß der Kirchenausschuß der bremischen evangelischen Kirche auf Anregung des deutschen evangelischen Kirchenausschusses beschlossen hat, eine Kirchenkollekte für die Evangelischen in Rußland dringend zu empfehlen. Da muß ich mich fragen: sind diese Evangelischen die Nachkommen jenes großen Christus, der einmal gesagt hat: Wer Speise hat, der gebe dem, der keine hat und wer Kleider hat, der tue auch also! Nachfolger jenes Christus, der auch gesagt hat: Liebet eure Feinde, segnet, die euch fluchen, tut wohl denen, die euch hassen! Ich muß sagen: es will mir scheinen, als sei eine tiefere Degeneration des Christentums kaum möglich. Wir dürfen auch nicht sagen, meine Damen und Herren, wir hätten selbst nichts. Ich weiß sehr wohl, daß auch bei uns die graue Sorge durch die Gassen schleicht, ich weiß sehr wohl, daß wir für unsere Invaliden der Arbeit, für die Invaliden des letzten wahnsinnigen Krieges, für unsere Kriegerwitwen und -waisen nicht so sorgen können, wie wir gern wollten. Auf der andern Seite haben wir in Deutschland doch auch noch eine Industrie und eine Landwirtschaft, die Gewinne auf Gewinne häufen, die immer neue Raubzüge auf die Taschen der Verbraucher unternehmen. Gemessen an der Not Rußlands ist das, was wir zu tragen haben, winzig und deshalb verstehe ich auch nicht den ersten Grund, den damals die Finanzdeputation für ihren Standpunkt angegeben hat. Wir dürfen auch nicht vergessen, wie uns geholfen wird in unserer Not, ich erinnere nur an die Quäkerpeisung, die Herr Kartmeyer damals in die Debatte warf; ich erinnere daran,

wie unsere unterernährten Kinder vom neutralen Ausland aufgenommen wurden. Dann würde man es tatsächlich dort nicht verstehen, wenn wir jetzt nicht auch unser Scherflein zur Linderung der Not Rußlands beitragen wollten. Es ist auch nicht der Fall, daß zu befürchten wäre, diese Mittel, die von staatlicher Seite angewendet werden, würden nicht in die richtigen Hände kommen. In einem Aufruf, den Ransen in den schwedischen Zeitungen veröffentlicht hat, nennt er diejenigen, die solche Behauptungen aufstellen, Teufel in Menschengestalt und er weist darauf hin, daß das Zentrum dieser Lügenorganisation Helsingfors ist. Ransen erkennt durchaus den guten Willen und das Entgegenkommen der russischen Behörden an. Gewiß, bei der Zerrüttung der russischen Verhältnisse dauert es verhältnismäßig lange, bis diese Mittel an ihren Bestimmungsort kommen, aber sie gelangen doch dahin, wohin sie sollen. Noch ein anderes möchte ich erwähnen: es wird soviel namentlich auch von den Herren auf der rechten Seite dieses Hauses von dem Wiederaufbau Rußlands und von der Wiederanknüpfung von Handelsbeziehungen zu Rußland gesprochen. Und vor allem ist es auch Ihr Oberbonze Stinnes, der dieses Geschäft mit Rußland zu beleben weiß. (Lachen rechts.) Wenn Sie aber Rußland an den Rand des Abgrundes bringen, wenn Sie Rußland verhungern lassen, dann wird die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland sicher auf lange Zeit verzögert werden. Aber noch auf ein anderes Moment möchte ich hinweisen. Auf jener Genfer Konferenz, von der ich vorhin schon sprach, wies der Oberkommissar des Völkerbundes zur Bekämpfung von Seuchen, White, auf die großen Gefahren hin, die aus dieser Hungersnot in Rußland für die ganze übrige Welt bestehen. Es sei wohl möglich, die Hungersnot auf Rußland zu beschränken, es sei aber wahrscheinlich nicht möglich, die sich aus dieser Hungersnot ergebenden Seuchen ebenfalls auf Rußland zu beschränken. So bin ich der Ansicht, daß Gründe genug bestehen, daß auch wir zur tatkräftigen Hilfe übergehen. Meine Damen und Herren! Der Begriff der Solidarität ist von jeher besonders ausgeprägt gewesen unter der Arbeiterschaft. Und so finden wir die erfreuliche Tatsache, daß allein die deutschen Gewerkschaften bis zum 15. Dezember vorigen Jahres die immerhin stattliche Summe von 5 Millionen Mark aufgebracht haben zum Zwecke der Hilfeleistung für das hungernde Rußland. Und der internationale Gewerkschaftsbund hat zum ersten Male am 28. Dezember einen Dampfer nach Riga abgehen lassen mit Lebensmitteln und anderer Hilfe. Der deutsche Begleiter dieses Transports, Bollmershaus, hat das bestätigt, was auch Ransen gesagt hat, daß die russischen Behörden der deutschen Hilfe und der Hilfe der übrigen Welt gegenüber durchaus weites Entgegenkommen zeigen. Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir uns veranlaßt gesehen, gerade jetzt wieder diesen Antrag zu stellen. Wo alles

am Werke ist, um Rußland unter die Arme zu greifen und zu helfen, da sollte auch der bremische Staat, wenn er auch mit seinen Mitteln knapp gestellt ist, zu seinem Teil zur Linderung dieser Not beitragen. Deshalb bitte ich Sie dringend, unsern Antrag anzunehmen. (Bravo! auf der Linken.)

Bensmann (D. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Trotz der großen, schönen und sicher warm empfundenen Rede des Herrn Klemann, die er zur Begründung seines Antrages gehalten hat, muß ich die Erklärung abgeben, daß Herr Professor Dieß und seine Freunde (Lachen und „Aha“-Rufe links) dem Antrage in der vorliegenden Form ihre Unterstützung nicht angeheißen lassen können (Psuirufe links), so sympathisch und selbstverständlich der Gedanke der Hilfe an sich auch ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Senat bei der überaus betrüblichen Finanzlage unseres bremischen Staatswesens und bei der großen Not im eigenen Lande es nicht verantworten kann, seinerseits Mittel für die Linderung der Hungersnot in Rußland zur Verfügung zu stellen (Erneute Psuirufe links). Der Senat hat unseres Erachtens dazu kein Recht, weder gegenüber der bremischen Bevölkerung und der deutschen Bevölkerung, noch gegenüber der Reichsregierung, von deren Einsicht und Rücksicht Bremen bei seiner großen Verschuldung doch sehr abhängig ist, und auf die Bremen noch sehr lange angewiesen sein wird. Ich meine, Herr Klemann müßte doch eigentlich diesen Standpunkt teilen, denn er und seine Freunde stellen sich hinter diese Reichsregierung (Gelächter links), die sich gar nicht genug darin tun kann, immer wieder ihre Bereitwilligkeit zu erklären, dem Feindbünd gegenüber die harten Bedingungen des Schandvertrages von Versailles zu erfüllen, und die es daher auch nicht guthießen kann, wenn die Regierung der einzelnen Länder auf Kosten ihrer Steuerzahler andern Völkern finanzielle Hilfe leisten. Meine Damen und Herren! Es ist doch so, daß ein Schuldner, der selbst nur unter den größten Schwierigkeiten seinen Verpflichtungen nachkommen kann, nicht das Recht hat, sich mit der großen Geste des Wohltäters zu bekleiden (Gelächter und Psuirufe rechts). Wenn Herr Klemann nun meint, daß etwas geschehen müsse zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland auch von Deutschland aus, so zeugt das sicher von einem warmen Herzen und vielleicht auch christlichen Empfinden, und es wird von uns sehr gewürdigt und auch anerkannt werden. Aber wir meinen, daß die Bürgerschaft gar nicht anders handeln kann, als Herrn Klemann auf den Weg der privaten Hilfsstätigkeit zu verweisen. Meine Damen und Herren! Solche private Hilfsstätigkeit ist ja schon lange im Gange, sie ist eingeleitet von verschiedenen Organisationen, ganz besonders ja auch vom deutschen Roten Kreuz, dem Herr Klemann diese M. 100 000.— zuführen will. Das deutsche Rote Kreuz hat ja durch seine Sanitätskommission, die es nach Rußland geschickt hat, schon sehr anerkennenswerte Arbeit geleistet.

Und diese ärztliche Arbeit, die es in der Hauptsache geleistet hat, ist ja mit deutsch-amerikanischer Hilfe inzwischen schon durch Hergabe von Lebensmitteln zu einer eigentlichen Hungershilfe geworden. Ueberdies aber, meine Damen und Herren, hat das Präsidium des Roten Kreuzes, wie aus dem amtlichen Nachrichtenblatt des Roten Kreuzes vom 1. Februar hervorgeht, sich bereits an die Mitgliedervereine des deutschen Roten Kreuzes gewandt, um deren Zustimmung zu erhalten zu einer großen Reichsammlung, welche zum besten der Hungerleidenden in Rußland veranstaltet werden soll. Und dem Roten Kreuz liegt gerade dabei auch besonders daran, daß, nachdem seine Sanitätskommission seine Hilfe nur auf die Allgemeinheit erstreckt hat, nunmehr auch die besonders hart leidenden Deutschen in Rußland von dieser Hilfe profitieren können. Also das deutsche Rote Kreuz beabsichtigt, wie aus diesem Bericht hervorgeht, eine große Volkssammlung zu veranstalten, die die Unterstützung der deutschen Regierung und des Auswärtigen Amtes in hervorragender Weise bereits genießt, und es ist beabsichtigt, diese Sammlung natürlich in erster Linie für die hungernden Rußland-Deutschen und die deutschen Auslandsflüchtlinge zu bewerkstelligen. Aber es wird gewünscht, auch darüber hinaus Not und Leid in Rußland zu lindern. 60 % von den Ergebnissen dieser Sammlung sollen besonders für Maßnahmen in den deutschen Hungergebieten Rußlands zur Verfügung gestellt werden. Meine Damen und Herren! Herr Klemann hat dann besonders auch die geplante Hilfsstätigkeit des deutschen evangelischen Kirchenausschusses herangezogen, ich habe aber nicht deutlich von ihm verstanden, ob er diese Hilfsstätigkeit anerkennt oder nicht, denn er hat eigentlich nur gefragt, ob dieser deutsche evangelische Kirchenausschuß sich als Nachfolger Christi betrachte. Ich kann nicht gut glauben, daß er diese Hilfsstätigkeit ablehnt. Meine Damen und Herren! Der deutsche evangelische Kirchentag hat Anweisungen an die sämtlichen deutschen Kirchenregierungen erlassen, Kollekten bei den Gottesdiensten in den Kirchen zu veranstalten, deren Ergebnisse für die Hungerleidenden in Rußland allgemein abgeführt werden sollen. (Nur für die Evangelischen!) Auch im Bremischen haben schon derartige Sammlungen stattgefunden und werden weiter stattfinden, und ich meine, Herr Klemann könnte sein geplantes Werk nicht besser in die Wege leiten, als wenn er seine Kreise auf diese Hilfsaktion des deutschen Roten Kreuzes und der deutschen evangelischen Kirche hinwiese. Da der Wohltätigkeit bei diesen Kirchenkollekten keine Schranken gesetzt sind, und wenn Herr Klemann in seinen Kreisen dafür wirkt, sicher ein großer Zustrom zu den Gottesdiensten stattfindet, werden wir dadurch allein schon in Bremen mehr erreichen, als durch den Antrag des Herrn Klemann. Meine Damen und Herren! Vielleicht hat das nebenbei noch den Erfolg, daß bei manchem, dem der Respekt vor der Kirche und ihren Einrichtungen verloren

gegangen ist, derselbe wieder etwas geweckt wird. Dann käme hinzu, daß wir nach meinen vorherigen Ausführungen doch auch berücksichtigen wollen, daß wir dann nicht den Senat mit dem Odium unangebrachter Verwendung von Staatsmitteln zu belasten brauchen. Also, meine Damen und Herren, wir meinen, daß wir uns freuen sollen, daß wir bereits seitens des Roten Kreuzes und vom deutsch-evangelischen Kirchenausschuß, und, soviel ich weiß, auch von der katholischen Kirche, derartige Aktionen eingeleitet worden sind, und daß wir das begrüßen sollten, daß dieser Weg, der schon manchmal mit Erfolg beschritten ist, auch jetzt beschritten wird. Vielleicht ändert Herr Klemann seinen Antrag dahin ab, daß er den Senat ersucht, ihm Zustimmung zu einer vom Roten Kreuz veranstalteten Sammlung. Jedenfalls können wir dem Antrag in dieser Form, so sympathisch und selbstverständlich, wie schon gesagt, der Gedanke der Hilfstätigkeit an sich auch ist, nicht zustimmen.

Frau Stiegler (U. S.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wir begrüßen es, daß der Antrag Klemann der bremischen Bürgerschaft und dem Senat Gelegenheit gibt, den vor einigen Monaten gefaßten, jeder höheren menschlichen Hilfsbereitschaft widersprechenden Beschluß zu revidieren. Alles was wir damals zur Begründung unseres Antrages zu sagen hatten, besteht noch heute zu Recht und ist inzwischen durch die erhärteten Tatsachen bestätigt. Auch die Ausführungen des Herrn Bensmann können mich nicht eines besseren belehren. Herr Bensmann hat mit dem Reich gedroht und gemeint, das Reich könne uns Schwierigkeiten machen. Ich möchte ihm da das Beispiel Hamburgs empfehlen. Hamburg hat einen Dampfer ausgerüstet mit Medikamenten und Lebensmitteln, trotzdem Hamburg noch verschuldeter ist als Bremen, trotzdem man Hamburg aus Anlaß der angeblichen sozialistischen Mißwirtschaft schon lange den Konkurs vorhergesagt hat. Meine Damen und Herren! Der Hunger und der Seuchenherd in Rußland haben sich weiter ausgebreitet. Die Zahlen dafür hat Ihnen bereits Herr Klemann genannt, ich kann darauf verzichten. Ich will Ihnen noch einige andere Gewährsmänner anführen wie Herr Klemann. Der ärztliche Leiter der deutschen Hilfsexpedition, Professor Dr. Mühlens, bestätigt nicht nur die ungeheure Ausbreitung der Epidemien, sondern auch die Nachrichten, die man am liebsten in das Reich einer überhöhten Phantasie verweisen möchte, daß Mütter Leichenteile ihrer Kinder gegessen, und daß also der Hunger die Ueberlebenden direkt in die Barbarei zurückversetzt. Dr. Mühlens protestiert weiter auf das energischste gegen die Falschmeldungen, die geflüßentlich hier verbreitet wurden und die ja auch dem Senat und der Mehrheit der Bürgerschaft für ihre Ablehnung dienen mußten, nämlich die große Unsicherheit, ob das gesammelte Geld und die Waren auch in die richtigen Hände kämen. Dr. Mühlens weist nach, daß die

Verteilung in Rußland bis ins kleinste organisiert ist. Es mangelt immer wieder an den nötigen Verteilungsgegenständen. Bisher hat nur, wie Herr Klemann sagte, das internationale Proletariat seiner Menschenpflicht genügt unter Umständen, die die Opferwilligkeit der Arbeiter doppelt in die Waagschale werfen. Die internationale Arbeiterkraft hat es fertig gebracht, mehrere Dampfer auszurüsten und wird auch noch andere schicken. Das deutsche Bürgertum, ich sage bewußt noch einmal, hat bei dieser Hilfsaktion vollständig versagt. Menschenopfer sind bisher unerhörte gefallen, aber Menschenleben werden ja nicht gewertet. Das hat am besten ausgesprochen der serbische Ministerpräsident in der Völkerbundversammlung, indem er jagte, das Hungersterben in Rußland sei das beste Mittel, den Bolschewismus auszurotten, und diese Meinung ist bei vielen Bürgerlichen vertreten. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen ja nicht in die Ferne zu schweifen. Wie Menschenleben gewertet werden, hat uns eine Vorlage in der Bürgerschaft vor kurzem gezeigt, wo man unsere Obdachlosen in Räumen unterbringen wollte, die vor Jahren schon unzureichend waren, und wo man die angemessenen Räume für Lastautos der Sipo bereit hielt. Dieser Vorgang wirft ein grelles Licht auf die Menschlichkeit, wie sie im Bürgertum aufgefaßt wird. Sie reicht nicht über die eigene Klasse, geschweige denn über die Grenzpfähle hinaus. Aber, meine Damen und Herren, wenn schon Ihre Menschenliebe halt macht vor religiös und politisch anders denkenden oder auch nur vor den Grenzpfählen, dann sollte wenigstens der Selbsterhaltungstrieb dazu führen, alles aufzuwenden, um die drohende Gefahr zu bannen. Denn auch das sagt Dr. Mühlens: Wenn es nicht gelingt, die Mittel aufzubringen und den Seuchenherd zu beschränken, bildet er eine Gefahr für ganz Europa. Meine Damen und Herren, wir hoffen, daß Herr Klemann Glück mit seinem Antrag haben wird und daß die Bürgerschaft und der Senat nicht noch einmal mit den bewußten Gründen eine Tat ablehnt, die eigentlich die Grundlage aller menschlichen Gesellschaften sein sollte, nämlich die gegenseitige Hilfe im großen wie im kleinen Kreise. Wir bekennen uns zu diesem Grundsatz und stimmen dem Antrag Klemann zu.

Benhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In allen Kreisen des deutschen Volkes herrscht tiefes Mitgefühl mit den unglückseligen Opfern Rußlands, die ja im wesentlichen einer verfehlten Wirtschaftspolitik seiner eigenen Regierung zuzuschreiben sind und alle Kreise der Bevölkerung haben den dringenden Wunsch, daß das, was sich als politisch verfehlt erwiesen hat, nicht ausschlägt gegen die Not von unbeteiligten Menschen. Denn die spricht unmittelbar zu uns, ohne Rücksicht auf das politische System ihrer Regierung. Und deswegen haben wir das dringendste Interesse, daß alles geschieht, was möglich ist, um diesen Menschen durch das inter-

nationale Hilswert zu helfen und die Not in Rußland zu lindern. Wir haben im September bereits in der Bürgerschaft über diesen Antrag gesprochen, und wenn damals die Finanzdeputation und der Senat sich gesträubt haben, den Wünschen der Bürgerschaft Folge zu geben, so haben dafür triftige Gründe vorgelegen. Ich möchte daran erinnern, daß damals gerade eine Mitteilung des deutschen Städtetages ergangen war, worin gewarnt wurde, Mittel für die Russenhilfe zur Verfügung zu stellen, da namentlich auf Grund von Berichten der Menschewiki und von sonstigen glaubwürdigen russischen Persönlichkeiten, u. a. auch solche, die auf dem sozialdemokratischen Parteitag gewesen sind, keine Sicherheit dafür bestand, ob diese Mittel auch in die Hände der Hilfsbedürftigen kommen würden. Diese Zweifel haben auch beim Reich bestanden, und das Reich hat sich deswegen bis jetzt noch nicht genötigt gesehen, öffentliche Mittel für die Not in Rußland zur Verfügung zu stellen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse insofort geändert, als nach den Darlegungen des internationalen Hilfsausschusses, doch wohl eine Sicherheit dafür besteht, daß Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, in die Notbezirke gelangen. Und ich glaube daher auch, daß der Senat und die Finanzdeputation gegenüber einem neuen Beschlusse der Bürgerschaft, der auf eine Bewilligung von Mitteln hinausgeht, eine veränderte Stellungnahme einnehmen werden, falls die gewünschten Sicherheiten gegeben werden können. Für uns ist die Frage, ob die Mittel in die richtigen Hände gelangen, von entscheidender Bedeutung. Wir würden bereit sein, einer Hilfsaktion für Rußland zuzustimmen, wenn wir die Sicherheit dafür besitzen, und deshalb möchte ich folgenden Antrag stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um einen beschleunigten Bericht darüber, ob in der Angelegenheit der Russenhilfe seit seiner Mitteilung vom 30. September 1921 Umstände eingetreten sind, die geeignet sind, eine veränderte Stellungnahme des Senats und der Finanzdeputation herbeizuführen.

Frau Plate (D.N.): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich muß die schweren Vorwürfe zurückweisen, die Frau Stiegler vorhin gegen das Bürgertum gerichtet hat. Das Bürgertum hat nicht versagt, sondern bereits, wie Herr Bensmann ausgeführt hat, große Summen durch das Rote Kreuz und auch durch den Gustav-Adolfverein für Rußland aufgebracht, und andererseits, das wird Frau Stiegler nicht bestreiten können, wird hier in Bremen in den Kreisen die hinter ihr und ihren Fraktionsgenossen stehen, in jedem Jahre das Hundertsache von dem, was hier gefordert wird, für Genußmittel ausgegeben. Ich habe damals den Antrag unterstützt und möchte die Herren von der Volkspartei bitten, doch ihre schwerwiegenden Bedenken zurückzustellen. Ich verstehe es wohl, wenn die Männer, zu denen auch Herr

Bensmann gehört, die in unendlich mühevoller Arbeit im vorigen Jahre unser ungeheures Defizit um etwa 30 % vermindert haben und es in diesem Jahre wieder vermindern werden, wenn diese Herren nicht mit leichtem Herzen einem solchen Antrage zustimmen. Ich möchte aber auf das Eine hinweisen: wir haben im Innern eine Finanznot, aber in Rußland ist eine Hungersnot, wie sie schlimmer nicht zu denken ist. Meine damalige Einschränkung, daß die Hilfe auf die Wolgadeutschen beschränkt werden soll, halte ich aufrecht. Die Worte von Herrn Klemann und Frau Stiegler haben ja nur dann Sinn, wenn man Mittel zur Verfügung hätte, um ohne Unterschied geben zu können. Hätten wir Milliarden und Abermilliarden zur Verfügung, dann wäre es gleich, wer sie bekommt, aber unsere heutige Lage bedingt es, daß wir nur einem kleinen Teil helfen können. Darum soll man die beschränkten Mittel an der Stelle einsetzen, die uns am nächsten steht und bei der die Not am größten ist, und das sind eben die Wolgadeutschen. Und dann muß das eine festgestellt werden: Es gibt in Rußland sehr viele, die jetzt leiden und nicht ohne Schuld. Aber es gibt sehr viele, die ohne Schuld leiden, das sind ganz zweifellos die Wolgadeutschen. Wenn Herr Klemann gesagt hat, das Unglück hätte vermieden werden können, so kann ich mir das auch zu eigen machen, aber nicht die Begründung. Sowohl, die ungeheure Hungerkatastrophe hätte vermieden werden können, wenn nicht gewisse Kreise versucht hätten, ihre utopistischen Wirtschaftstheorien im ungeeignetsten Augenblick auf einen großen Volkskörper zu übertragen. Auch den zweiten Satz des Herrn Klemann kann ich mir zu eigen machen. Es liegt allerdings in dieser Tatsache ein bitterer Vorwurf, nämlich gegen diejenigen, die in Deutschland versuchen, ähnliche Theorien durchzusetzen. Ich bitte also, die finanziellen Bedenken fallen zu lassen und bitte diejenigen Herren die damals meinen Einschränkungen widerstrebt haben, auch ihre Bedenken zurückzustellen. Wenn Ihnen wirklich daran liegt, da zu helfen, wo die Not am größten ist, so können Sie gar nicht anders, als zuzustimmen.

Präsident: Frau Plate beantragt:

im Antrag Klemann einzufügen hinter „Hungersnot“ einzufügen „unter den Wolgadeutschen“.

Frau Plate: Ich möchte das bei dem Antrag Wenhold eingefügt haben. (Große Heiterkeit links. Zuruf Göbe: Fragen Sie lieber erst beim lieben Gott an).

Präsident: Ich möchte dringend bitten, derartige Zurufe zu unterlassen. Im übrigen möchte ich um Ruhe bitten. Ich kann nicht hören, was die Abgeordneten sagen. Das ist wirklich — ich will den Ausdruck aber lieber nicht gebrauchen!

Karlmeyer (D.V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Freunde können nicht zugeben, daß die Frage der Russenhilfe die Ursache zu einer leidenschaftlichen Erregung der Linken gegen die

Rechte dieses Hauses sein könnte. Die Not, die in Rußland herrscht, ist, soweit ich unterrichtet bin durch die deutsche Presse in allen Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden und Hilfsmaßnahmen werden seitens aller Kreise des deutschen Volkes ins Auge gefaßt. Meines Erachtens und nach meiner Erfahrung zu urteilen, ist die Frage, wie man hier von Bremen aus der russischen Not steuern kann, eine rein taktische Frage. Wir haben keine finanziellen Bedenken in dem Sinne, wie Fräulein Plate glaubt, uns zusprechen zu müssen. Wir glauben sogar, daß ein Betrag von 100 000 M. so winzig sein wird, daß er angesichts der Größe der Not nur ein Tropfen auf den heißen Stein wäre. Dagegen hat sich in allen Fällen ergeben, daß, wenn man hier in Bremen die freiwillige GEBEFREUNDIGKEIT aufgerufen hat, sich die Bevölkerung zu großer Opferfreudigkeit bekennt, wie kaum im übrigen Deutschland. (Zuruf von den Kommunisten: Von der Polizei verboten worden!) Es ist aber eine andere Tatsache die, daß diese GEBEFREUNDIGKEIT in Bremen, wenn man den Staat vor Aufgaben spannt, die bisher in genügender Weise von privaten GEBEFREUNDIGKEIT gelöst sind, nachläßt. Das Zentralkomitee der Vereine vom deutschen Roten Kreuz hat alle Maßnahmen für die russische Hilfe in die Wege geleitet und ich kann es mir nicht anders denken, als daß auch zunächst die Vertreter des Roten Kreuzes hier in Bremen die gesamte Bevölkerung zu Spenden auffordern wird. Dabei wird es hier abwegig wirken, wenn wir heute staatliche Mittel bewilligen. Vergessen Sie die Wirkung nicht. In den bürgerlichen Kreisen Bremens hat sich bisher die GEBEFREUNDIGKEIT auf allen Gebieten der öffentlichen Not gezeigt und mancher, namentlich die jungen Leute, können sich daran ein Beispiel nehmen, wie die Familienväter der Stadt, die das Geld für die ihren verwenden könnten, geopfert haben. Die Gaben sind bisher so bemessen worden, daß von einer ganz vorzüglichen Selbstbesteuerung (Widerspruch links) geredet werden darf und mit den Jahren hat sich immer mehr gezeigt, daß die Art, wie wir in Bremen verjucht haben, die freiwillige GEBEFREUNDIGKEIT vor den Wagen einer großen Aufgabe zu spannen, immer mehr erzieherisch gewirkt hat und weite Schichten der Bevölkerung eingesehen haben, daß das Geben die Verpflichtung der Menschen- und Nächstenliebe ist. Ich glaube, alle Parteien dieses Hauses haben ein Interesse daran, daß diese GEBEFREUNDIGKEIT nicht gemindert, sondern gestärkt wird.

Frau Becker (R.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist von mehreren Seiten ausgeführt worden, daß viele Kreise schon Hilfe geleistet haben. Es ist Tatsache, daß die Sammlungen von bürgerlicher Seite eingerichtet sind. Von verschiedenen Leuten ist etwas gestiftet worden und es ist festgestellt worden, daß die Bazare sehr viel Geld gekostet haben. Sie können nachfragen beim Schlachtermeister — — —, der einige Duzend Büchsenwurst gespendet hat. Herr

Benzmann hat ausgeführt, daß die Mittel, die Herr Klemann gefordert hat, weit überschritten werden würden, wenn dies durch eine Sammlung gemacht würde. Sie wissen vielleicht von der vorigen Beratung eines Antrages, der 50 000 M. beantragte, daß ich ausgeführt habe, daß wir eine Sammlung bei der Polizeidirektion beantragt haben, aber bis heute ist diese Sammlung noch nicht genehmigt. Wir haben schon damals festgestellt, daß die Leute, die gesammelt hatten, ehe die Sammlung genehmigt war, verhaftet wurden und daß ihnen das Geld abgenommen wurde. Ich möchte jetzt die Herren fragen, wie weit sie nun noch diese Sammlung aufrecht erhalten wollen. Herr Wenhold meinte, daß wir einen Bericht darüber einfordern müßten, ob das Geld an die richtige Adresse käme. Wenn Herr Wenhold solange warten will, bis dieser Bericht eingegangen ist, so weiß ich nicht, wem die Sammlung noch nützen soll. (Zuruf Wenhold: Der Bericht kann in acht Tagen kommen!) Wir können weiter feststellen, daß von unserer Seite aus ein Vortrag abgehalten worden ist, der sehr gut auch für die Bürgerlichen gewesen wäre, um ihnen die verhungerten Gestalten zu zeigen und um sie die Not und das Elend kennen lernen zu lassen. Selbst dieser Lichtbildervortrag ist von der bremischen Behörde besteuert worden. Es wurde begründet mit den Worten, weil dies Geld ins Ausland gehe, müßten Steuern entrichtet werden. Unser Parteivorstand hat gesagt, weil das Geld für Leute bestimmt sei, die dem Hunger und Elend preisgegeben wären, müßte diese Sammlung von der Steuer befreit sein. Aber man hat es nicht für nötig gehalten, die Steuern zu erlassen, sondern sie müßten abgezogen werden. Ich muß dann zu den Ausführungen von Frau Plate sagen: Sie hat auch damals den Antrag gestellt, die Hilfe zu beschränken für die Wolgadeutschen. In dem gleichem Atemzuge erklärte Sie, daß wir uns in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Wenn für die Wolgadeutschen 100 000 M. bewilligt werden sollen, dann sind bei Frau Plate nicht die Bedenken vorhanden, daß finanzielle Schwierigkeiten bestehen. Ich möchte dann schon dafür eintreten, daß man den Antrag Wenhold ablehnt, daß man nicht noch länger wartet, wenn man zur Hilfe bereit ist, damit die Not nicht noch größer wird. Wir hätten besser getan, dem damaligen Antrag zuzustimmen und hätten dann gezeigt, daß wir fest an dem Beschluß gehalten hätten. Wir von unserer Fraktion stimmen dem Antrag Klemann zu in unveränderter Form, ohne die Einschränkung von Frau Plate.

Karkmeyer (D. V.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen von Frau Becker möchte ich mit ein paar Worten antworten. Es ist uns auf bürgerlicher Seite nicht bekannt geworden, daß Bazare und Festlichkeiten für die Russenhilfe abgehalten sind. Ich kann aber auf das Bestimmteste versichern, daß die privaten Wohltätigkeitsvereine Deutschlands der Meinung sind, daß die Sammlung

von Geldern durch Bazare und Festlichkeiten nicht als ein ethisch einwandfreier Weg anerkannt wird. Dagegen ist überall in den deutschen Wohlfahrtsvereinen in denen auch Vertreter der sozialdemokratischen Partei, wie namentlich auch der unabhängigen sozialistischen Partei beteiligt sind, der Gedanke zum Durchbruch gekommen ist, daß Mittel, die auf privatem Wege beschafft werden, auf einwandfreie Weise beschafft werden müssen. Als einwandfreie Form hat man die öffentliche Sammlung anerkannt, wie sie hier in Bremen besteht. Ich glaube, was auf diesem Wege zusammenkommt, ist ethisch höher zu werten, als Steuern, die zwangsweise abgeführt werden müssen.

Präsident: Es ist Schluß der Debatte beantragt. Zum Wort angeschrieben ist noch Herr Danz.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen mit 50 gegen 47 Stimmen.

Klemann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube ja nicht, Frau Stiegler, daß ich mit meinem Antrage heute mehr Glück haben werde als Sie damals, wenn nicht etwa die Fraktion der Linken in Anerkennung der großen Wichtigkeit der Sache, um die es sich hier handelt, länger aushalten werden als die der Rechten. Aber wir werden ja sehen, wie die Sache ausläuft. Meine Damen und Herren! Der Sprecher der Deutschen Volkspartei hat erklärt, daß Herr Professor Diez und seine Freunde den Antrag ablehnen werden. Wie er eigentlich zu dieser Wendung „Herr Professor Diez und seine Freunde“ kommt, ist mir etwas unverständlich. (Zuruf links: Untertanenverstand.) Ja, wenn er als Beauftragter des Herrn Professors Diez gesprochen hat, so muß ich sagen, daß die Deutsche Volkspartei eigentlich mit etwas mehr Argumenten hätte aufmarschieren müssen. Im übrigen scheint es mir, als ob die feindlichen Brüder in diesem Lager nicht ganz derselben Ansicht seien. Herr Bensmann sagte, seine Fraktion würde dieses Geld nicht bewilligen, weil die Not im eigenen Lande so groß sei, und er stellte es so dar, als ob an diesen 100 000 M. der Staat kaputt gehe. Aber im Gegensatz zu ihm sagte Kollege Karkmeyer, daß 100 000 M. eine Bagatelle seien, ein Tropfen auf den heißen Stein. Und wenn dem so ist, dann brauchen Sie doch nicht zu befürchten, daß Sie mit dieser Kleinigkeit den Staat kaputt machen. (Bensmann: Wir haben Grundsätze!) Von Grundsätzen, Herr Bensmann, habe ich in Ihrer Rede nicht viel gehört. Herr Bensmann glaubte dann der Reichsregierung einen Fußtritt versetzen zu sollen, indem er sagte, daß die Reichsregierung knechtisch bemüht sei, die unerfüllbaren Bedingungen des Schandfriedens von Versailles zu erfüllen. Herr Bensmann, Sie freuen sich vielleicht, daß Sie in diesem Augenblick nicht in der Reichsregierung sitzen, denn dann hätten Sie dieses Ihr Argument nicht anführen können. Die Geschichte von den sauren Trauben Ihres Herrn Stresemann ist Ihnen doch genau so bekannt wie uns.

Aber eines möchte ich Ihnen doch sagen: wenn ausgesprochen Sie als Vertreter der Rechten von dem Schandvertrage von Versailles reden, dann bringen Sie damit nur Ihre eigene Schande auf den Markt. (Lachen rechts. Sehr gut! links.)

Präsident: Ich muß Sie dringend ersuchen, im Schlußwort nicht derartige Ausführungen zu machen!

Klemann: Ich bin der Ansicht, daß ein rechtes Wort am rechten Ort immer angebracht ist, Herr Präsident! (Lebhafter Beifall links.)

Präsident: Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten war aber das Wort nicht am rechten Ort!

Klemann: Dann will ich nur sagen: Es hat niemand das Recht, uns gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns in der Geste des Wohltäters nicht gerieren sollten, wenn er am allerwenigsten Veranlassung hat, sich in der Geste des Schuldlosen zu gerieren. Dazu hat gerade die Deutsche Volkspartei keine Veranlassung, diese Rolle des Schuldlosen zu spielen. Herr Bensmann wies dann hin auf die private Wohltätigkeit. Wir haben hier in der Bürgerschaft einen sehr guten Zeichner sitzen, er hat aus den verschiedensten komischen und tragischen Situationen hier in der Bürgerschaft das Charakterische mit dem Zeichenstift festzuhalten gewußt. (Heiterkeit. Zuruf: Herr Karrenberg, Sie sind gemeint!) Ihm möchte ich heute ein sehr dankbares Sujet empfehlen, nämlich die Herren Bensmann und Karkmeyer und Fräulein Plate, wie Sie mit dem Klingelbeutel in Bremen herumlaufen. Das wäre ein dankbares Objekt, (Unruhe und Zurufe rechts.) wie es dankbarer gar nicht sein könnte. (Dr. Steengrafe: Gehört das ins Schlußwort?) Herr Richter, tut es Ihnen denn so weh? (Dr. Steengrafe: Der Redner tut mir weh, der so etwas sagen mag!) Herr Karkmeyer hat also von der privaten Fürsorge gesprochen. Er hat nichts dagegen, daß auf unsere private Fürsorge zurückgegriffen wird. (Andauernde Unruhe und Zurufe rechts während dieser Ausführungen. Frau Dr. Rodewald: Er hat von Klingelbeutel gesprochen!) Herr Präsident! Sie hatten vorhin versprochen, Sie wollten jeden, der die Ordnung des Hauses stört, mit Namen feststellen; ich stelle fest, daß Sie diesen Voratz wieder aufgegeben haben!

Präsident: Soviel Namen von Abgeordneten hätte ich gar nicht aufrufen können, die eben alle dazwischen geredet haben!

Klemann: Ich bin, daraus mache ich keinen Hehl, kein besonderer Freund der privaten Fürsorge. Denn wir wissen wohl, diese Wohltätigkeit und diese private Fürsorge ist mit ihren Wohltätigkeitsbazaren und all den andern schönen Dingen, wie sie auf bürgerlicher Seite beliebt werden, nichts anderes als ein Wohltätigkeitssport. Was die Kirchenkollekte betrifft, so habe ich nicht die Tatsache dieser Kollekte an

sich bemängelt, sondern nur ihre Einseitigkeit. Denn es geht aus einer Notiz der „Bremer Nachrichten“ klipp und klar hervor, daß diese Kollekte bestimmt ist für die Evangelischen in Rußland, und für diese Einseitigkeit habe ich allerdings kein Verständnis. Eins war mir sehr wertvoll zu erfahren, daß Herr Bensmann nämlich sagte, durch die private Fürsorge würde in ganz kurzer Zeit bei weitem mehr herausgebracht werden, als durch Hilfe des Staates. Dieses Eingeständnis ist mir sehr interessant. Und da muß ich den Herren von der Rechten schon — ich sage Ihnen nicht: gebt Gott, was Gottes ist! — indem ich ein Wort wiederhole, das vor einiger Zeit Herr Dopler hier gesagt hat: Gebt dem Staate, was des Staates ist! Denn das eine ergibt sich doch wohl als der logische Schluß aus dieser Äußerung des Herrn Bensmann, daß die Kreise, von denen Herr Bensmann so sehr viel für die private Fürsorge erhofft, in der Lage wären, weit mehr zur Vinderung der finanziellen Nöte des Staates und des Reiches zu tun, und daß Sie sich also nicht zu beklagen brauchen, wenn wir der Auffassung sind, daß der Staat für die Hungernden in Rußland auch lumpige M 100 000. — übrig haben sollte. Ich will mich kurz fassen, aber das eine muß ich doch sagen, daß eine deutsche Frau, die sich doch immer soviel einbildet auf das empfindende deutsche Herz, so reden kann wie Frau Plate, dafür geht mir allerdings jedes Verständnis ab. Herr Wenhold hat trotz der Zahlen, die ich angeführt habe, trotz Ransen und Bollmershausen und trotz dem, was Frau Stiegler gesagt hat, festgehalten an dem Glauben, als kämen diese Mittel nicht in die richtigen Hände. Und wenn ich mich dabei auf Ransen berufen muß, dann wird Herr Wenhold auch zu denen gehören, die Ransen Teufel in Menschengestalt nennt (Große Heiterkeit). Wenn Sie, Herr Wenhold, einen Bericht fordern, wissen Sie was das heißt? Das heißt, daß in den Tagen und Wochen, wo wir auf diesen Bericht warten, Hunderte und Tausende von Menschen lebend vernichtet werden. Herr Wenhold, Sie fordern einen Bericht in dieser Sache. Da möchte ich Sie einmal bitten: enthalten Sie sich von heute ab solange jeder Speise und jedes Tranks, bis der Bericht da ist (Gelächter rechts). Da werden Sie nach zwei Tagen mit knurrendem Magen kommen und sagen: lieber Senat, ich verzichte auf den Bericht! (Heiterkeit). Für uns gibt es nur eins, nämlich sofortige Hilfe. Deshalb muß mein Antrag aufrecht erhalten bleiben. Meine Damen und Herren! Ich muß sagen: auch bei Herrn Bensmann, dem Vertreter der Kaufmannschaft, habe ich von dem soviel gerühmten bremischen großzügigen Hauseatengeist heute abend sehr wenig gemerkt. Ich will nicht sagen, wie mir dieser Geist vorkam. Ich habe hier nicht den barmherzigen Samariter vorbei gehen sehen, der dem Unglücklichen, der unter die Räuber gefallen war, in der Not half, sondern nur Priester und Leviten. Aber ich bin doch der festen

Ueberzeugung, daß sich einige unter Ihnen finden werden, die sich bekehren und meinem Antrage zustimmen werden, denn es ist dringend notwendig (Bravo! auf der Linken).

Jannack (R.) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage: namentliche Abstimmung über den Antrag Klemann.

Karkmeyer (D.B.) zur Abwehr eines persönlichen Angriffs: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klemann hat mich dadurch vor diesem Hause und damit vor der breiten Öffentlichkeit Bremens lächerlich zu machen versucht, daß er mir unterstellt, daß ich mit dem Klingelbeutel durch Bremen gehe. (Lachen links). Persönlich anhaben kann mir dieser Angriff nichts. — — —

Präsident: Dann kann ich Ihnen auch nicht zur Abwehr eines persönlichen Angriffs das Wort geben.

Entschuldigen Sie, Herr Präsident! Da aber Tausende von bremischen Bürgern in den nächsten Tagen nach Ansicht des Herrn Klemann mit dem Klingelbeutel für die notleidenden Alten herumgehen und ich als Leiter dieser Organisation (Huhu-Rufe links) diese Sache mit zu betreten habe, so möchte ich mir diesen Ausdruck verbitten (Göze: Reklame!) Herr Klemann weiß wirklich nicht, wie er sich in diesem Augenblick benommen hat.

Der Antrag Jannack auf namentliche Abstimmung über den Antrag Klemann wird angenommen.

Der Antrag Wenhold wird mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Der Zusatzantrag Plate wird abgelehnt.

Es stimmen mit Ja:

Amelung, Friedrich	Göze, Albert
Becker, Gesine	Hagedorn, August
Blanke, Heinrich	Hedler, Bernhard
Blaje, Wilhelm	Heinzler, Bernhard
Böhmert, Wilh., Dr.	Heuer, Georg
Bollinger, Heino, Dr.	Hüneke, Heinr.
Bolze, W.	Jannack, Carl
Bormann, Friedrich	Jensen, Elise
Borsch, Ludwig	Jungmittag, Clara
Caspar, C.	Kaisen, Wilhelm
Danz, W.	Karrenberg, Carl
Deisen, W.	Kesselbeck, Elise
Döll, R.	Klemann, Wilhelm
Donath, Hans	Klenke, Friedrich
Dronke, Kurt, Dr.	Kühl, Jürgen
Drost, Heinrich	Kunoth, Georg
Edermanns, Heinrich	Lauts, Johann
Faust, Alfred	Lehne, Ernst
Fauth, Gottlob	Lübke, Heinrich
Frank, Friedrich	Lübecking, Hans
Fricke, Joh.	Ludewig, Johann
Fritsch, Burchard	Mester, Hermann
Garves, Friedrich	Meyer, Bernard

Riehaus, Charlotte	Schurig, Gottfried
Rhein, Hermann	Sommer, Emil
Riefe, Bernhard	Starker, Franz
Rohmann, Bernhard, Dr.	Stiegler, Anna
Schierenbeck, Ludwig	Stindt, Dietrich
Schindelbauer, Wilh.	Theil, Emil
Schmidt, Wilhelm	Unger, Albert
Schulenberg, Elise	Wellmann, Joh.
Schulze, Hermann	Wenhold, Hermann

Es stimmen mit Nein:

Achelis, Eduard	König, Paul
Albers, Christian	Lampe, J.
Alfes, Fr.	Leymann, Wilhelm
Allerheiligen, Dietrich	Madrian, Georg
Andigen, Peter	Marburg, Emil
Bensmann, Hermann	Nicolaus, Carl sen.
Borchers, Robert	Roltenius, Bernhard, Dr.
Buff, Clemens, Dr.	Oppermann, Adolf
Deplen, Johann	Plate, Mathilde
Diez, Prof., Dr.	Riesenbeck, Gustav
Dunkel, Richard	Rodewald, Berena, Dr. phil.
Ehlers, W.	Schlunk, Franz
Geibert, Hugo	Stahlknecht, Detmar, Dr.
Hegewald, Max	Steengrafe, Otto, Dr.
Hinzmann, Ernst	Tietjen, Wöltje
Kartmeyer, Carsten	Ulrich, Arthur
Kohlepp, Baltasar	Wassermann, Carl
Köhler, Dietrich	

Abwesend sind:

Adam, Karl, jun.	Lürßen, Elisabeth, Dr.
Bahnson, Minna	Meier, Hermann
Becké, Waldemar	Meinert, Adolf
Deichmann, Karl	Massolle, Wilhelm
Dogler, Johann	Schelter, Wilhelm
Gildemeister, Alfred, Dr.	Schlüter, Ludwig
Groll, Bernhard	Schmalfeldt, Heinrich
Harber, Hanna	Schriefer, Anna
Henke, Alfred	Schumacher, Anton
Hertel, Carl, Dr.	Waigand, Ludwig
Kellner, Ernst	

Der Antrag Klemann wird in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 35 Stimmen angenommen. (Bravorufe links.)

Professor Dr. Diez (D.B.) zur Geschäftsordnung: Ich möchte beantragen:

„daß sich das Haus vertagt.“

Wir haben jetzt beinahe fünf Stunden verhandelt und unsere Mitglieder haben weite Wege, die sie jetzt zu Fuß zurücklegen müssen.

Theil (U.S.): Ich möchte beantragen:

daß heute noch Punkt VIII betr. die Richtlinien des Mietseinigungsamts erledigt wird.

Die Dinge liegen so, daß nicht nur die Parteien des Hauses, sondern auch weite Bevölkerungskreise draußen darauf drängen, daß die Bürgerschaft diesen Punkt erledigt. Ich möchte Sie bitten, sich noch etwas

zu gedulden und nicht nach Hause zu gehen, sondern diesen Punkt noch zu erledigen.

Wenhold (D.): Herr Präsident! Wir würden bereit sein, diesem Wunsche des Herrn Theil zu entsprechen, wenn eine sachliche Dringlichkeit für die Entscheidung vorläge. Es liegt aber so, daß die heutige Reichstagsitzung mit 202 gegen 168 Stimmen das Reichsmietengesetz angenommen hat und daß der Vorsitzende des Mietseinigungsamts in Bremen erklärt hat, wenn das Reichsmietengesetz angenommen werden sollte, so würde er die jetzigen Richtlinien aufheben und neue erlassen, die sich für die Uebergangszeit bis 1. Juli erstrecken würden. Unter diesen Umständen ist der Antrag sachlich erledigt.

Jannack (K.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erkennen die Wichtigkeit dieses Punktes an und sind mit der Umstellung der Tagesordnung in diesem Falle einverstanden. Ich muß aber dagegen protestieren, daß vom Vorstand aus unsere Anträge verschleppt werden, wie das in letzter Zeit wiederholt vorgekommen ist. Der Vorstand bringt damit zum Ausdruck, daß er eine ganz reaktionäre Dunkelkammer ist (Große Heiterkeit).

Präsident: Ich möchte feststellen, daß die Anträge in der Reihenfolge ihres Einganges auf die Tagesordnung gesetzt werden. Und wenn trotzdem der Vorstand eine reaktionäre Dunkelkammer genannt wird, so fühle ich mich dadurch nicht beleidigt, ich hoffe, die andern Herren des Vorstandes auch nicht.

Faust (U.S.): Nachdem der dienstbare Geist honoris causa der Bürgerschaft, Herr Kunoth, die Extrablätter mit der telegraphischen Nachricht von der Annahme des Reichsmietengesetzes verteilt hat, stehen wir vor einer neuen Situation.

Präsident: Ich muß Sie dringend bitten, derartige Aeußerungen nicht zu machen! (Dr. Geibert: Er weiß ja garnicht was honoris causa heißt!)

Faust: Es ist doch Tatsache, daß Herr Kunoth die Aufgabe des Dieners übernommen hat, hier die Extrablätter seiner Zeitung zu verteilen, und da darf ich diese Tätigkeit, um ihm nicht zu nahe zu treten, als eine ehrenamtliche bezeichnen. Wenn Herr Wenhold nun sagt, daß der Vorsitzende des Mietseinigungsamts seine Richtlinien ändern wolle, so ist uns das aber noch keine amtliche Erklärung und auch keine Erklärung, die gestützt ist durch Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senats. Es ist daher erforderlich, daß die Bürgerschaft Stellung nimmt, damit die geltenden Richtlinien außer Kraft gesetzt werden, und damit nicht etliche Hausbesitzer sich nach den offiziell geltenden Richtlinien richten, was natürlich nur neue Schwierigkeiten zur Folge hätte.

Wenhold (D.): Ich wollte lediglich erklären, daß auch sachlich die Behandlung des Antrages schon deshalb nicht möglich ist, weil die Bürgerschaft garnicht in der Lage ist, Richtlinien des Mietseinigungsamts zu ändern, ebenso wenig wie sie Entschlüsse eines

Schlichtungsausschusses aufheben kann. Das kann auch der Senat nicht.

Der Schlußantrag wird mit 46 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Präsident: Herr Professor Diez teilt mit: Aus der Steuerdeputation tritt aus Herr Meinert, es tritt ein Herr Nicolaus. Aus der Deputation für Stadterweiterung tritt aus Herr Köhler, es tritt ein Herr Alfes. Aus der Deputation wegen der Grundsteuer tritt aus Herr Borchers, es tritt ein Herr Alfes.

Nr. VIII der Tagesordnung:

Antrag auf Aufhebung von Richtlinien des Mieteinigungsamtes.

(Wortlaut siehe S. 120.)

Faust (U.S.): Herr Präsident! Nachdem die Situation sich so geändert hat und auch die Sicherheit

besteht, daß der Antrag angenommen wird, verzichte ich auf nähere Begründung und bitte den Antrag im Wortlaut, wie er heute besteht, anzunehmen, damit die Unruhe in der Bevölkerung verschwindet.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. (Lebhafter Widerspruch rechts. — Dr. Gebert: Nein! Das geht nicht! — Große Heiterkeit links).

Der Antrag wird angenommen.

Professor Dr. Diez (D.B.): Ich beantrage Schluß der Sitzung.

Präsident: Wird Widerspruch dagegen erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 9,03 Uhr.

Berichtigung.

Auf der zweiten Spalte der Seite 118 sind Zeile 1—10 mit folgendem Wortlaut:

„Präsident: Folgende Interpellation des Herrn Deisen ist eingegangen:

Ist dem Senat bekannt, daß gegen den Arbeiter Johann Geusendam und seiner Familie ein Ausweisungsbefehl erlassen ist, auf Grund dessen die Familie Geusendam bis zum 28. Februar das bremische Staatsgebiet verlassen muß?

Ist dem Senat ferner bekannt, daß diesem Ausweisungsbefehl jegliche Begründung fehlt?

Was gedenkt der Senat zu tun, um in Zukunft zu verhindern, daß gegen arbeitsame Menschen in dieser schikanösen Weise vorgegangen wird?

Die Interpellation ist genügend unterstützt, ich werde sie dem Senat mitteilen“ zu streichen und einzuschalten auf Seite 149, Spalte 2 vor der vorletzten Zeile.